



Wortprotokoll

über die 59. Sitzung der

Vollversammlung des Stadtrates der Landeshauptstadt München

vom 2. Juli 2025

(öffentlich)

Oberbürgermeister

Reiter

2. Bürgermeister

Krause

3. Bürgermeisterin

Dietl

bfm. Stadtratsmitglieder

siehe Anwesenheitsliste

ea. Stadtratsmitglieder

siehe Anwesenheitsliste

ferner

Mitarbeiter*innen der Verwaltung

Anwesenheitsliste der Vollversammlung vom

Oberbürgermeister	Reiter
2. Bürgermeister	Krause
3. Bürgermeisterin	Dietl

Ehrenamtliche Stadtratsmitglieder:

Die Grünen:

StRin Berger, StR Bickelbacher, StR Brem, StRin Fuchs, StRin Faltin, StRin Gökmenoğlu, StRin Greif, StRin Harper, StRin Krauss, StRin Langmeier, StR*in Lüttig, StRin Lux, StRin Nitsche, StRin Pilz-Strasser, StR Dr. Roth, StR Schönemann, StR Smolka, StRin Stöhr, StR Süß, StR Voßeler, StR Weisenburger;

CSU:

StR Agerer, StR Babor, StRin Bär, StR Balidemaj, StRin Burkhardt, StR Dzeba, StR Ewald, StRin Gaßmann, StRin Grimm, StR Dr. Haberland, StR Hammer, StRin Kainz, StR Kaum, StR Luther, StRin Dr. Menges, StRin Mirlach, StR Pretzl, StR Reissl, StR Schabl, StR Schall, StR Schmid, StR Stadler;

SPD:

StRin Abele, StRin Burger, StR Hefter, StRin Hübner, StR Dr. Köning, StRin Krammer, StRin Likus, StR Mentrup, StR Naz, StRin Odell, StR Offman, StR Rupp, StRin Dr. Schmitt-Thiel, StRin Schönfeld-Knor, StR Schuster, StR Vorländer, StRin Wennigatz;

AfD:

StR Stanke, StR Walbrunn, StRin Wassill;

FDP:

StR Prof. Dr. Hoffmann, StRin Neff, StR Roth;

DIE LINKE.:

StR Jagel, StR Lechner (parteilos); StRin Wolf;

ÖDP:

StRin Holtmann, StR Ruff;

FREIE WÄHLER:

StR Mehling;

BAYERNPARTEI:

StR Progl;

München-Liste:

StR Höpner;

Die PARTEI:

StRin Burneleit;

Rosa Liste:

StR Niederbühl;

Volt:

StR Sproll;

Ohne Fraktionszugehörigkeit:

StR Gradl

Berufsmäßige Stadtratsmitglieder:

bfm. StRin Charlier

bfm. StRin Dr. Dornheim

bfm. StR Dunkel

bfm. StRin Dr.-Ing. Ehbauer

Stadtkämmerer Frey

Stadtschulrat Kraus

bfm. StRin Kugler

Stadtbaurätin Prof. Dr. (Univ. Florenz) Merk

bfm. StR Mickisch

bfm. StRin Dr. Sammüller

bfm. StR Dr. Scharpf

bfm. StRin Schiwy

bfm. StR Wiechers

bfm. StRin Zurek

Inhaltsverzeichnis

A4: Ausscheiden von Christian Vorländer aus dem ehrenamtlichen Stadtrat der LHM	8
StR Dr. Köning:.....	8
StR Ruff:.....	8
OB Reiter:.....	8
StR Ruff:.....	8
OB Reiter:.....	8
StRin Wassill:	9
A7: Aufgabenkritik: Einsparung von Berichten und Bekanntgaben	9
StR Pretzl:	9
OB Reiter:.....	9
StR Progl:.....	10
OB Reiter:.....	10
StRin Wassill:	10
OB Reiter:.....	10
A11: Vertretung der Landeshauptstadt München im Verein Franz-Auweck-Stiftung e. V.	11
Bestätigung von Ausschussbeschlüssen.....	11
B1: Anpassung der Gesellschaftssatzungen von Beteiligungsgesellschaften sowie von Eigenbetriebssatzungen aufgrund Änderungen der Gemeindeordnung.....	12
B4: Mietspiegel für München 2027	12
StR Pretzl:	12
StR Prof. Dr. Hoffmann:.....	13
StR Jagel:.....	13
B5: Neuerlasse von Satzungen der LHM zur Unterbringung von Geflüchteten mit bes. Bedarfen.....	13
StRin Wassill:	13
B7: Veränderungen im Bereich der Nachbarschaftstreffs	14
StR Pretzl:	14
B8: Erfahrungsbericht über die Einführung der digitalen Wohnungsbörse	14
StRin Wassill:	15
OB Reiter:.....	15
B11: Abfallwirtschaftsbetrieb München; Darstellung der Ergebnisse des Pilotversuchs und Empfehlung für die weitere Vorgehensweise zur Einführung eines Holsystems für die Erfassung von Leichtverpackungen in München	15
StR Ruff:.....	15
StR Pretzl:	16
B16: Frühlingsfest 2026: Verlängerung der Spielzeit zum 60. Jubiläum auf der Theresienwiese	16
StR Ruff:.....	16
StR Jagel:.....	17
B18: Fortschreibung der Förderlandschaft Klimaneutrale Antriebe.....	17
StRin Wassill:	17
OB Reiter:.....	17
B20: Flächendeckender Einsatz der eAkte.....	18
StR Jagel:.....	18
B23: Änderung der Richtlinien für Veranstaltungen auf öffentlichem Verkehrsgrund.....	18
StR Pretzl:	18
A1: Ausscheiden von Herrn Stadtrat Christian Vorländer aus dem Stadtrat der LHM	20

StRin Hübner:	20
StR Pretzl:	21
StRin Fuchs:	22
OB Reiter:	22
StR Vorländer:	22
A2: Vereidigung von Frau StRin Linda Faltin, Frau StRin Stefanie Krammer und Herrn StR Dr. Michael Haberland	24
OB Reiter:	24
StRin Faltin:	24
StRin Krammer	24
StR Dr. Haberland	24
OB Reiter:	24
A3: Vereidigung von Herrn Marek Wiechers als berufsmäßiger Stadtrat	25
OB Reiter:	25
Bfm. StR Wiechers:	25
OB Reiter:	25
A5: Neunter Tätigkeitsbericht der*des ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten der LHM.....	26
Herr Utz (ehemaliger Behindertenbeauftragter der LHM):	26
OB Reiter:	28
StRin Langmeier:	29
StRin Likus:	30
StR Lechner:	31
OB Reiter:	33
StRin Gassmann:	33
Bfm. StR Dunkel:	34
OB Reiter:	34
A6: Berufsmäßige Stadträtin Charlier: Verkürzung der Amtszeit und Rückkehr in das frühere Dienstverhältnis	35
StR Dr. Köning:	35
OB Reiter:	35
Bfm. StRin Charlier:	36
A8: Bewerbung der Landeshauptstadt München um Olympische und Paralympische Spiele	37
StR Ruff:	37
StR Lechner:	38
StR Brem:	40
StRin Abele:	41
StRin Wassil:	42
StRin Grimm:	42
StR Prof. Dr. Hoffmann:	43
A9: Vertretung der Landeshauptstadt München in den Aufsichtsräten	45
A10: Austritt von Herrn Nikolaus Gradl aus der Fraktion SPD/Volt	46
StR Weisenburger:	46
StR Pretzl:	49
StR Prof. Dr. Hoffmann:	50
StR Ruff:	52
StR Jagel:	53
StR Sproll:	54
StRin Hübner:	57

StR Weisenburger:	59
StR Pretzl:	60
StR Stanke:	62
StR Sproll:	62
StR Jagel:	63
OB Reiter:	64
StR Progl:	64
OB Reiter:	64
OB Reiter:	64
B2: Hilfsmaßnahmen der Landeshauptstadt München im Rahmen des Krieges in der Ukraine;	67
StRin Wassil:	67
OB Reiter:	68
OB Reiter:	69
B6: Neueröffnung einer Unterkunft zur Unterbringung Geflüchteter am Standort Lochhausener Straße (Flst. Nr. 709, Gem. Langwied)	70
StR Walbrunn:	70
BM Krause:	71
StR Ruff:	72
Bfm. StRin Schiwy:	72
B9: Mehr Bildungsgerechtigkeit für neu zugewanderte Kinder und Jugendliche	73
StR Stanke:	73
BM Krause:	74
B17: Klimaresilientes München 2050 – Konkretisierung der Ziele der Klimaanpassung in München	75
StRin Wassill:	75
StR Pretzl:	76
B25: Rücklagenbildung bei körperschaftssteuerpflichtigen Betrieben gewerblicher Art	77
StRin Wassill:	77
StK Frey:	77

Öffentliche Sitzung

Beginn: 09:07 Uhr

Vorsitz: OB Reiter

A4: Ausscheiden von Christian Vorländer aus dem ehrenamtlichen Stadtrat der LHM Änderung bei der Besetzung verschiedener Positionen

Aktensammlung Seite 7763

StR Dr. Köning:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben eine Ergänzung zur Beschlussvorlage und beantragen, dass Frau Stefanie Krammer für Herrn Felix Sproll in den Aufsichtsrat der Münchner Gewerbehöfe (MGH) nachrückt.

StR Ruff:

Das geht doch gar nicht.

OB Reiter:

Wenn jemand ausscheidet, können wir die Position doch nachbesetzen.

StR Ruff:

Nein, er ist für eine gewisse Zeit gewählt worden und immer noch Mitglied des Stadtrats.

OB Reiter:

Wir klären das. Gegebenenfalls beschließt der Aufsichtsrat der MGH die Nachbesetzung.

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen der AfD **beschlossen**.

Erklärung zur Abstimmung:

StRin Wassill:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr verehrte Damen und Herren! Auch wir sind mit der Sitzverteilung nicht einverstanden, weil wir uns benachteiligt fühlen. Die Geschäftsordnung des Stadtrats wurde damals zulasten einer Wählergruppe geändert. Das finden wir nach wie vor nicht gut. Danke!

**A7: Aufgabenkritik: Einsparung von Berichten und Bekanntgaben
Diverse Empfehlungen von Bürgerversammlungen**

Aktensammlung Seite 7771

StR Pretzl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Diese umfangreiche Vorlage wurde bisher nicht in den Ausschüssen debattiert, weil alle Ausschüsse betroffen sind und deswegen die Vollversammlung zuständig ist.

Wir schlagen vor, den Tagesordnungspunkt in die September-Vollversammlung zu vertagen. Bis dahin könnten die Ausschüsse kurz informiert werden, was das Streichen einzelner Berichte bedeuten würde.

In einigen Fällen bezweifeln wir, ob es klug wäre, die genannten Berichte zu streichen. Dafür würden wir gern andere streichen. Das konnten wir noch nicht mit den Referaten abstimmen, deshalb bitten wir um eine Vertagung. Vielen Dank! – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER)

OB Reiter:

Ich bin mäßig begeistert von dem Vertagungswunsch, weil sich die Einsparungen dadurch weiter verschieben. – (Zurufe) – Juli-Plenum? Das entscheiden Sie und nicht ich.

Es dürfte klar sein, warum wir diesen Beschluss vorlegen, nachdem wir das Thema einige Jahre vor uns hergeschoben haben. Insofern wäre es super, wenn wir im September einen Beschluss

fassen könnten. Sonst bringt es nichts mehr. – (StR Prof. Dr. Hoffmann: Der neue Stadtrat wird alles wieder einführen.)

StR Progl:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Jetzt wollten wir einmal etwas schnell beschließen, dann ist es auch wieder nicht recht. Ich wollte eigentlich voll des Lobes sein, dass das binnen vier Wochen geschehen sollte.

Wir werden der Vertagung zustimmen, aber ich bitte darum, dass im September die durch die Maßnahmen eingesparten VZÄ quantifiziert werden. Vielleicht könnten die Stellen gleich gestrichen werden. Das wäre ein richtiger Spareffekt. – (Beifall der FDP)

OB Reiter:

Das wäre dann doch – vorsichtig gesagt – eine sehr schnelle Schrittfolge. – (Heiterkeit) – Meine Sympathie hätten Sie, weil es unsere grundsätzliche Intention war, Stellen oder Ressourcen einzusparen und nicht nur weniger Berichte anzufertigen. Damit will ich gar nicht hinterm Berg halten. Deshalb sollten wir im September den Beschluss fassen. – (Zuruf Frau Dichtl) – Die Vollversammlung ist am 1. Oktober. – (Unruhe)

StRin Wassill:

Herr Oberbürgermeister, sehr verehrte Damen und Herren! Uns wäre es recht, die Spiegelstriche im Antrag des Referenten durch die im Vortrag des Referenten genannten Ziffern, 2.1 etc. zu ersetzen, damit man sich besser darüber austauschen kann. Danke!

OB Reiter:

Ich ging davon aus, dass alles en bloc beschlossen wird, aber das war wohl etwas realitätsfern. Deswegen werden wir in der Wiedervorlage mit Ziffern arbeiten, damit zumindest einiges davon beschlossen wird.

Falls Sie noch weitere Ideen für Einsparungen haben, geben Sie diese bitte rechtzeitig an das Direktorium weiter, damit wir im Oktober-Plenum nicht noch über Änderungsanträge entscheiden müssen.

Einen Überblick über die voraussichtlich eingesparten Ressourcen und Stellen hätte ich auch gern. Das hängt natürlich mit der Häufigkeit der Berichte zusammen, die ein Referat zu erstellen hat, und lässt sich vorab schwer abschätzen.

Der Tagesordnungspunkt wird einstimmig in die Vollversammlung am 01.10.2025 **vertagt**.

A11: Vertretung der Landeshauptstadt München im Verein Franz-Auweck-Stiftung e. V.

Aktensammlung Seite 7779

Beschluss:

nach Antrag

Bestätigung von Ausschussbeschlüssen

Die Anträge der Referent*innen zu den Tagesordnungspunkten B3, B10, B12 bis B14 und B21 werden **einstimmig beschlossen**.
(Aktensammlung Seiten 7785, 7803 bis 7807 und 7819)

Die Bekanntgaben zu den Tagesordnungspunkten B19 (it@M Jahresabschluss 2024) und B24 (Schuldenbericht 2024) werden **zur Kenntnis genommen**.
(Aktensammlung Seiten 7815 und 7823)

**B1: Anpassung der Gesellschaftssatzungen von Beteiligungsgesellschaften
sowie von Eigenbetriebssatzungen aufgrund Änderungen der Gemeindeordnung**

Aktensammlung Seite 7781

Beschluss (Ziffer 5 gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER):

nach Antrag

B4: Mietspiegel für München 2027

Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels

Mietspiegel: Es dürfen keine gesetzeswidrig hohen Mieten einfließen!

Notwendige Korrekturen im Mietrecht vornehmen!

Antrag Nr. 5412 von SPD/Volt vom 03.02.2025

Aktensammlung Seite 7787

StR Pretzl:

Wir bringen den ursprünglichen Text von Ziffer 5 im Antrag der Referentin als Änderungsantrag ein.

Der Änderungsantrag von CSU mit FREIE WÄHLER zu Ziffer 5 wird
gegen die Stimmen der Antragstellenden **abgelehnt**.

Beschluss (gegen die Stimmen von FDP BAYERNPARTEI und DIE LINKE./Die PARTEI):

nach Antrag

Erklärungen zur Abstimmung:

StR Prof. Dr. Hoffmann:

Wie im Ausschuss.

StR Jagel:

Wie im Ausschuss.

- B5: Neuerlasse von Satzungen der LHM zur Unterbringung von Geflüchteten mit besonderen Bedarfen**
- Satzung über die Benutzung der abgeschlossenen Wohnräume der LHM zur Unterbringung von Personen, die wohnungslos sind oder denen Wohnungslosigkeit droht (Abgeschlossene Wohnräume-Benutzungssatzung)**
- Satzung über die Gebühren für die Benutzung der abgeschlossenen Wohnräume der LHM (Abgeschlossene Wohnräume Gebührensatzung)**
- Satzung über die Benutzung der Quartiere für junge Geflüchtete und Migrant*innen (JGM) der LHM (JGM-Quartiere-Benutzungssatzung)**
- Satzung über die Gebühren für die Benutzung der Quartiere für junge Geflüchtete und Migrant*innen (JGM) der LHM (JGM-Quartiere-Gebührensatzung)**

Aktensammlung Seite 7789

Beschluss (gegen die Stimmen der AfD):

nach Antrag

Erklärung zur Abstimmung:

StRin Wassill:

Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! In diesen Satzungen haben Sie wieder sehr viel gegendert und Sternchen hinzugefügt. Wir sind der Meinung, dass so etwas in juristischen Texten nichts verloren hat.

B7: Veränderungen im Bereich der Nachbarschaftstreffe

Trägerwechsel im Nachbarschaftstreff Alte Heimat, Kiem-Pauli-Weg 26

Aufgabe der geplanten Standorte Werksviertel und Haldenseestraße

14. Stadtbezirk – Berg am Laim

16. Stadtbezirk – Ramersdorf-Perlach

25. Stadtbezirk – Laim

Aktensammlung Seite 7793

Ziffer 3 im Antrag der Referentin wird gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER und ÖDP/München-Liste **beschlossen**.

In der Gesamtabstimmung wird der Antrag der Referentin **einstimmig beschlossen**.

Erklärung zur Abstimmung:

StR Pretzl:

Wie im Ausschuss.

**B8: Erfahrungsbericht über die Einführung der digitalen Wohnungsbörse sowie Optimierungsbedarfe beim Wohnungstausch und Untervermietung Wohnungstausch bei der Münchner Wohnen ermöglichen!
Antrag Nr. 5445 von Die Grünen – Rosa Liste vom 19.02.2025**

Aktensammlung Seite 7795

Beschluss (gegen die Stimmen von FDP BAYERNPARTEI):

nach Antrag

Erklärung zur Abstimmung:

StRin Wassill:

Für uns Münchner ist der Erfahrungsbericht zum Wohnungstausch ein wichtiges Thema. Im Endeffekt hatten nur 34 von 4 000 Interessenten das Glück, die Wohnungen zu tauschen. Das ist uns zu wenig. Wir hoffen, dass dies durch diese neue Chance besser wird und sich ein Erfolg einstellt. Ansonsten kann man nur sagen: Vielleicht gibt es auch wieder neue freie Wohnungen in Syrien. Das mag für den einen oder anderen interessant sein und den Wohnungsmarkt entlasten. Danke! –
(Unruhe – Zurufe: Pfui!)

OB Reiter:

Jeder blamiert sich, so gut er kann.

B11: Abfallwirtschaftsbetrieb München; Darstellung der Ergebnisse des Pilotversuchs und Empfehlung für die weitere Vorgehensweise zur Einführung eines Holsystems für die Erfassung von Leichtverpackungen in München
Satzung zur Änderung der Betriebssatzung des Abfallwirtschaftsbetriebes München
Verpackungen besser und bürgerfreundlicher recyceln:
Wertstofftonne oder gelbe Tonne!
Antrag Nr. 5413 von Die Grünen – Rosa Liste vom 04.02.2025
Einführung der Gelben Tonne
BV-Empfehlung Nr. 1997 der Bürgerversammlung des Stadtbezirks 22 vom 13.06.2024
Pilotprojekt zum Wertstoff-Kreislaufsystem; Veröffentlichung Testkriterien und Bewertungsverfahren
BV-Empfehlung Nr. 2551 der Bürgerversammlung des Stadtbezirks 21 vom 18.03.2025

Aktensammlung Seite 7801

StR Ruff:

Wir möchten unseren Änderungsantrag aus dem Ausschuss zur raschen Einführung einer Wertstofftonne erneut zur Abstimmung stellen.

StR Pretzl:

Wir stellen ebenfalls unseren Änderungsantrag aus dem Ausschuss zur Abstimmung.

Der Änderungsantrag Nr. 5674 von ÖDP/München-Liste wird gegen die Stimmen der Antragstellenden und von StR Gradl **abgelehnt**.

Der Änderungsantrag Nr. 5683 von CSU mit FREIE WÄHLER wird gegen die Stimmen der Antragstellenden und von DIE LINKE./Die PARTEI **abgelehnt**.

Der Antrag der Referentin wird **einstimmig beschlossen**.

B16: Frühlingsfest 2026: Verlängerung der Spielzeit zum 60. Jubiläum auf der Theresienwiese

Zum Jubiläum: Drei Wochen Frühlingsfest

Antrag Nr. 5520 von Die Grünen – Rosa Liste vom 25.03.2025

Sechzigstes Jubiläum des Münchner Frühlingsfestes gebührend feiern!

Antrag Nr. 5540 von Mitgliedern der Fraktionen CSU mit FREIE WÄHLER, SPD/Volt und FDP BAYERNPARTEI vom 01.04.2025

Aktensammlung Seite 7809

Beschluss (gegen die Stimmen von ÖDP/München-Liste und DIE LINKE./Die PARTEI):

nach Antrag

Erklärungen zur Abstimmung:

StR Ruff:

Wie im Ausschuss.

StR Jagel:

Wie im Ausschuss.

B18: Fortschreibung der Förderlandschaft Klimaneutrale Antriebe
Produkt 45561200 Förderung von Einrichtungen und Projekten im Umweltbereich
Beschluss der Finanzierung für die Jahre 2025 – 2029

Aktensammlung Seite 7813

Beschluss (Ziffer 3 gegen die Stimmen der AfD):

nach Antrag

Erklärung zur Abstimmung:

StRin Wassill:

Herr Oberbürgermeister, sehr verehrte Damen und Herren! Die Fortschreibung der Förderlandschaft Klimaneutrale Antriebe zu beenden, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die 9 Mio. € wären nur wenigen Münchner Bürgern zugutegekommen. Wir sind auch gegen die E-Taxis, weil die Stromversorgung im weitesten Sinn gefährlich und gesundheitsschädlich ist, wenn Sie sich darüber genauer informieren. Danke!

OB Reiter:

Aber nur im weitesten Sinn. Wenn die E-Taxis jemanden überfahren, sind sie gesundheitsschädlich. – (Heiterkeit) – Das gilt allerdings auch für andere Antriebe.

Übrigens übernimmt künftig die Bundesregierung die Förderung, was ich sehr anständig finde. Wir haben nicht vor, aus dem Projekt auszusteigen, sondern haben einen besseren Finanzier gefunden. Aus Münchner Sicht ist das sehr angenehm.

B20: Flächendeckender Einsatz der eAkte

Digital ist Standard

Antrag Nr. 5061 von Die Grünen – Rosa Liste, CSU mit FREIE WÄHLER,

DIE LINKE./Die PARTEI, FDP BAYERNPARTEI und ÖDP/München-Liste vom 08.08.2024

Aktensammlung Seite 7817

StR Jagel:

Wir stellen unseren Änderungsantrag aus dem Ausschuss erneut zur Abstimmung.

Der Änderungsantrag Nr. 5714 von DIE LINKE./Die PARTEI wird gegen die Stimmen der Antragstellenden **abgelehnt**.

Der Antrag der Referentin wird **einstimmig beschlossen**.

B23: Änderung der Richtlinien für Veranstaltungen auf öffentlichem Verkehrsgrund

Vergabe des Königsplatzes für Veranstaltungen

Antrag Nr. 5144 von Mitgliedern der Fraktion CSU mit FREIE WÄHLER vom 26.09.2024

Schnellerer Auf- und Abbau bei Veranstaltungen am Königsplatz

BA-Antrag Nr. 7201 des 3. Stadtbezirks Maxvorstadt vom 05.11.2024

Anpassung der Vergabekriterien für Konzertveranstaltungen auf dem Königsplatz

Antrag Nr. 5677 von Mitgliedern der Fraktion CSU mit FREIE WÄHLER vom 03.06.2025

Aktensammlung Seite 7821

StR Pretzl:

Wir stellen unseren Änderungsantrag aus dem Ausschuss erneut zur Abstimmung.

Der Änderungsantrag Nr. 5727 von CSU mit FREIE WÄHLER wird gegen die Stimmen der Antragstellenden **abgelehnt**.

Der Antrag der Referentin wird **einstimmig beschlossen**.

**A1: Ausscheiden von Herrn Stadtrat Christian Vorländer aus dem Stadtrat der LHM
Nachrücken von Frau Stefanie Krammer in den Stadtrat der LHM**

Aktensammlung Seite 7757

StRin Hübner:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich bei Christian Vorländer für seine tolle Arbeit im Münchner Stadtrat in den vergangenen elf Jahren bedanken. Hoffentlich kann ich Dir mit meinen Sätzen gerecht werden.

Uns hat von Anfang an sehr viel verbunden. Einige mögen es nicht glauben, aber als wir beide 2014 in den Stadtrat gewählt wurden, gehörten wir zum linken Flügel der SPD-Fraktion. – (Heiterkeit) – Daran sieht man, wie man im Lauf des Lebens vernünftiger wird. – (Heiterkeit – Beifall)

Die Rede von Christian Vorländer in einer Debatte des Jahres 2019, in der wir um die Klimaneutralität bis 2035 gerungen haben, ist unvergessen. Damals wurde „die Stimme der Vernunft“ geboren, die den Stadtrat seitdem nicht mehr verlassen hat.

Christian, Du warst in der Stadtgesellschaft so präsent wie sonst fast kein anderer Stadtrat. Du hattest enge Kontakte zu vielen Gruppen, warst überall ein gern gesehener Gast, ein toller Redner, ein brillanter Analytiker. Nicht immer hast Du die Beschlussvorlagen von der ersten bis zur letzten Seite gelesen, aber Du wusstest trotzdem, was drinstand, und welche politischen Konsequenzen daraus gezogen werden müssen.

Aus jeder Beratung und Besprechung, an der Du teilgenommen und in die Du Deine Meinung eingebracht hast, ist man am Ende klüger und mit einer differenzierteren Meinung herausgegangen. Du warst ein großer Kämpfer gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus und für die Rechte von queeren Menschen. In dieser Hinsicht wirst Du im Stadtrat sehr fehlen. Ich glaube, Du wirst uns nicht verlorengelassen und an anderer Stelle wirken. Daher könnte man sagen: Es wächst zusammen, was zusammengehört. – (Heiterkeit)

Gabi Neff hat im vergangenen Jahr in der Debatte über die Fortsetzung der IAA Mobility gesagt, Christian Vorländers Rede sei eine Bewerbung um das Amt des Bundespräsidenten gewesen. Am Ende stellte sich heraus, dass es vor allem auch eine Bewerbung für die Messe München war. Das

Unternehmen und dessen Geschäftsführer Stefan Rummel können sehr froh sein, Dich zu haben. Wir wünschen Dir für Deine neue Position viel Erfolg und Glück. Nach elf Jahren im Stadtrat ist es schon ein Umstieg, etwas völlig Neues zu machen und operative Verantwortung zu übernehmen.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei fast allen Stadtratskolleginnen und -kollegen bedanken, dass sie den Bewerbungsprozess und die Wahl von Christian Vorländer mit so viel politischer Fairness begleitet haben. Dies zeigt auch, wie angesehen Du in diesem Stadtrat warst und wie sehr Dich alle geschätzt haben. Ich glaube, nicht nur die SPD-Fraktion, sondern der gesamte Stadtrat werden Dich wahnsinnig vermissen. Lieber Christian, alles Gute! – (Allgemeiner Beifall)

Unsere neue Fraktionskollegin Stefanie Krammer hat wahrscheinlich schon gemerkt, in welche Fußstapfen sie tritt. Aber sie bringt wahnsinnig gute Eigenschaften mit: Sie fährt Fahrrad und Auto, sie hat die Interessen der Wirtschaft genauso im Blick wie die sozialen Erfordernisse für München. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Dir, Steffi. Es ist kein einfaches Unterfangen, neun Monate vor dem Ende der Legislaturperiode nachzurücken. Das gilt auch für Herrn Dr. Haberland und Frau Faltin. Ich wünsche Dir, Steffi, aber auch der anderen Kollegin und dem Kollegen, viel Erfolg bei der schnellen Einarbeitung, um in den neun Monaten noch ganz viel zu bewegen. Vielen Dank! – (Allgemeiner Beifall)

StR Pretzl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Liebe Anne, jetzt dachte ich schon, die SPD-Fraktion sei weiter nach links gerückt, aber der Hinweis auf die Vernunft hat mich sehr gefreut.

Ich möchte mich im Namen der Fraktion CSU mit FREIE WÄHLER bei Dir, lieber Christian, für Deine Arbeit im Münchner Rathaus bedanken. Ich kann an vieles anschließen, was Anne Hübner gerade sagte, möchte aber noch einen Aspekt ergänzen, der bei uns tiefe Spuren hinterlassen hat: Als wir mit der SPD diese Stadt regieren durften, war der Austausch und die Zusammenarbeit mit Dir von einem Maß an Vertrauen, Offenheit und Fairness geprägt, wie man es im politischen Leben und im politischen Konkurrenzverhältnis nur selten erlebt. Auch als wir in die Opposition gegangen sind, war die Zusammenarbeit mit Dir weiterhin von diesen Attributen geprägt.

Als wir um die Zukunft der IAA Mobility gerungen haben, hast Du eine bemerkenswerte Rede gehalten, die mich sehr erstaunt und erfreut hat. Deshalb ist Dein Schritt in ein neues Leben nur folgerichtig. Wir wünschen Dir von Herzen alles Gute und glauben, dass Du eine Bereicherung für die

Messe München bist. Wir werden Dich als Kollegen im Münchner Rathaus vermissen. Danke! –
(Allgemeiner Beifall)

StRin Fuchs:

Lieber Christian, auch von unserer Seite kommen ein paar Abschiedsworte. Du warst erst vor Kurzem bei uns in der Fraktion, da haben wir uns persönlich verabschiedet. Vielen herzlichen Dank für die Zusammenarbeit! Wir können uns an ein paar abendliche, mitunter witzige, Telefonate erinnern. Das Schöne war, dass wir, obwohl wir nicht immer einer Meinung waren, am Ende zusammenkamen und gute Lösungen gefunden haben, auf die wir uns beiderseits verlassen konnten. Die Open Spaces der IAA sind ein gutes Beispiel dafür, dass wir nicht immer einer Meinung waren. Trotzdem lässt sich anerkennen, dass unterschiedliche Haltungen und Parteifarben den politischen Diskurs prägen, um das Beste für die Demokratie und gute Kompromisse herauszuholen. Diese Haltung hast Du stets vertreten. Wir wünschen Dir ein glückliches Händchen und viel Erfolg bei der Messe München. – (Allgemeiner Beifall)

OB Reiter:

Ich schliesse mich den Glückwünschen an. Ein Hinweis an die neuen Stadtratsmitglieder: So viel Applaus bekommt man nur, wenn man aufhört. Nicht, dass Sie von falschen Vorstellungen ausgehen. – (Heiterkeit)

Lieber Christian, ich darf Dir noch eine Urkunde überreichen. Ich lese den Text vor:

„In Anerkennung seiner Verdienste um München wird Herrn Christian Vorländer die Medaille „München leuchtet – Den Freundinnen und Freunden Münchens“ in Silber verliehen.“

– StR Vorländer nimmt langanhaltenden Applaus, Blumen und Glückwünsche entgegen. –

StR Vorländer:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, lieber Dieter! Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Verena! Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Dominik! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit dem 1. Mai 2014 war ich an jedem Tag stolz darauf, gemeinsam mit Ihnen unsere Stadt mitgestalten zu dürfen. Ich sage „Danke“ für elf gemeinsame, wunderbare Jahre im Münchner Rathaus. Ich bedanke mich für die Kollegialität und die gewachsene Freundschaft zu vielen Kolleginnen und Kollegen.

Mein besonderer Dank gilt Dir, lieber Dieter, und Dir, liebe Verena, sowie meiner SPD-Stadtratsfraktion mit Anne Hübner und Dr. Christian Köning an der Spitze. Anne, ich danke Dir auch für Deine lieben Worte!

Ich bin glücklich, in meiner neuen Aufgabe bei der Messe München auf die hier gemachten Erfahrungen aufbauen zu können. Ich freue mich, dass heute Stefan Rummel, einer meiner beiden neuen Chefs, hier ist. Außerdem sind mein Vater und mein Freund hier. – (Beifall)

Wir haben zusammen den Christopher Street Day gefeiert. Die Messe war mit dem Motto „Bei der Messe hat die Vielfalt einen festen Stand“ bei der Parade vertreten. Bitte arbeitet weiter daran, dass die Vielfalt, der soziale Zusammenhalt und unsere Demokratie weiterhin einen festen Stand haben. Macht's gut! – (Allgemeiner Beifall)

Der Antrag des Referenten wird **einstimmig beschlossen**.

**A2: Vereidigung von Frau StRin Linda Faltin, Frau StRin Stefanie Krammer
und Herrn StR Dr. Michael Haberland**

Aktensammlung Seite 7759

OB Reiter:

Bitte sprechen Sie mir den Amtseid in der von Ihnen gewählten Form nach.

StRin Faltin:

Ich gelobe Treue dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaats Bayern. Ich gelobe, den Gesetzen gehorsam zu sein und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen. Ich gelobe, die Rechte der Selbstverwaltung zu wahren und ihren Pflichten nachzukommen.

StRin Krammer

Ich schwöre Treue dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaats Bayern. Ich schwöre, den Gesetzen gehorsam zu sein und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen. Ich schwöre, die Rechte der Selbstverwaltung zu wahren und ihren Pflichten nachzukommen, so wahr mir Gott helfe.

StR Dr. Haberland

Ich schwöre Treue dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaats Bayern. Ich schwöre, den Gesetzen gehorsam zu sein und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen. Ich schwöre, die Rechte der Selbstverwaltung zu wahren und ihren Pflichten nachzukommen, so wahr mir Gott helfe.

OB Reiter:

Damit sind Sie alle drei vereidigt. Ich gratuliere! – (Allgemeiner Beifall)

– OB Reiter, StR Pretzl, StRin Fuchs und StR Dr. Köning überreichen Blumensträuße. Die Fraktionen drücken den neuen Stadtratsmitgliedern ihre Glückwünsche aus. –

Die Bekanntgabe wird **zur Kenntnis genommen**.

A3: Vereidigung von Herrn Marek Wiechers als berufsmäßiger Stadtrat

Aktensammlung Seite 7761

OB Reiter:

Lieber Marek, bitte sprich mir den Amtseid nach.

Bfm. StR Wiechers:

Ich schwöre Treue dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaats Bayern, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten, so wahr mir Gott helfe.

OB Reiter:

Ich darf gratulieren. Viel Spaß weiterhin! – (Allgemeiner Beifall)

– OB Reiter überreicht einen Blumenstrauß. Die Fraktionen gratulieren dem neuen Kulturreferenten. –

Die Bekanntgabe wird **zur Kenntnis genommen**.

A5: Neunter Tätigkeitsbericht der*des ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten der Landeshauptstadt München

Aktensammlung Seite 7765

Herr Utz (ehemaliger Behindertenbeauftragter der LHM):

Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister, sehr verehrter Herr Bürgermeister, Frau Bürgermeisterin, verehrte Stadträtinnen und Stadträte! Es ist ein merkwürdiges Gefühl. Ich war seit einem halben Jahr kaum noch in der Gegend rund um den Marienplatz. Ende Dezember bin ich als Behindertenbeauftragter ausgestiegen und habe mich bewusst zurückgezogen – vielleicht auch ein Stück weit aus der Blase rund um den Marienplatz. Meine Worte werden daher sehr persönlich sein. Den Tätigkeitsbericht und die Beschlussvorlage haben Sie vor sich liegen. Ihre Inhalte brauche ich nicht zu wiederholen.

Am 13.12. habe ich hier meinen Abschied gefeiert, den der Herr Oberbürgermeister ausgerichtet hat. Darüber habe ich mich sehr gefreut. Ich bin mit einem fröhlichen und freudigen Gefühl gegangen und dachte: Wir haben in den letzten 20 Jahren in München viel auf die Reihe gebracht. Es gab viele Veränderungen in der Verwaltung, den Vereinen und den Gremien, bei denen viele mitgeholfen haben. Der Stadtrat hat Haltung gezeigt, sich dahinter gestellt und Geld dafür bewilligt. Aber auch Vereine, die Verwaltung, der Behindertenbeirat und das Koordinierungsbüro haben für eine Veränderung bei der Teilhabe von Menschen mit Behinderung gesorgt. Ich bin gegangen und dachte: Wir sind auf einem guten Weg, wir haben uns „committed“, wie es weitergehen soll.

Mit dem Verlassen des Rathauses bin ich natürlich kein unpolitischer Mensch geworden. Fünf Tage später habe ich zu Hause am Bildschirm die Vollversammlung verfolgt. Ich war überrascht – auch über Ihre Haushaltsrede, Herr Oberbürgermeister. Mir ist bewusst, dass die Kassen klamm sind. Es hat mich aber als Mensch berührt, als gesagt wurde, wir müssten auch beim Thema Barrierefreiheit die Goldstandards senken. Daraufhin habe ich nachgesonnen: Habe ich in den letzten 20 Jahren jemals einen Goldstandard gefordert? Ich war mir dessen nicht bewusst.

Wie Sie möchte ich morgens zur Arbeit kommen – wenn möglich, mit dem öffentlichen Nahverkehr. Ich möchte mit meinen Kindern die gleichen Angebote nutzen, die Sie vielleicht mit Ihren Kindern oder Enkelkindern wahrnehmen. Und ich möchte abends Veranstaltungen besuchen, ohne einen Marathonlauf zu absolvieren, um überhaupt ein Ticket zu bekommen. Schauen Sie sich München

Ticket an: Dort können Sie barrierefrei online Karten buchen. Als Rollstuhlfahrer ist das bis zum heutigen Tag nicht möglich. Ich dachte mir: Was ist passiert? Was habe ich in den letzten 20 Jahren falsch gemacht, dass Sie den Eindruck haben – das gestehe ich Ihnen zu –, wir hätten mittlerweile einen Goldstandard, den wir senken müssten? Das hat mich äußerst nachdenklich gestimmt.

Es hat mich ebenfalls nachdenklich gestimmt, als ich in den Folgemonaten mitbekam, dass man anfängt, auch über gesetzliche Festlegungen zu diskutieren. Ich bin nicht mehr Behindertenbeauftragter, aber natürlich habe ich mitbekommen, dass über Mindestbreiten von Gehwegen und über Parken gesprochen wird. Ich denke mir: Müssen wir jetzt wieder anfangen, über die gesetzlichen Vorgaben zu diskutieren? Das hat mich berührt. Das will ich Ihnen in aller Offenheit sagen. Ich tue das nicht mit Schaum vor dem Mund und nicht, weil ich Sie groß kritisieren will.

Ich bin mittlerweile 60 Jahre alt und lebe unheimlich gern in dieser Stadt. Ich weiß, dass wir knappe Kassen haben. Ich für meinen Teil habe in den letzten 20 Jahren immer geschaut, ob man bei dem einen oder anderen Projekt auch etwas einsparen kann. Barrierefreiheit und Teilhabe kosten aber Geld. Da will ich gar nicht drum herumreden. Ich hoffe, das ist uns allen klar und wir halten weiter daran fest.

Ich kann mich an tolle Veranstaltungen in den letzten 20 Jahren erinnern. Bei einer Veranstaltung der Reihe „Behindert.Besonders.Anders“ hat Herr Offman versucht zu organisieren, dass wir das Denkmal der grauen Busse am Marienhof aufstellen dürfen. Das hat viele Menschen bewegt. Ich selbst wohne in Neuhausen und kann mich erinnern, wie ich für die Öffnung des Taxisgartens für alle Menschen gekämpft habe. Dabei habe ich das erste Mal hautnah mitbekommen, wie Menschen sich fühlen, wenn man ihnen – das hat meine Gruppe zumindest geglaubt – Privilegien wegnehmen will. Viele wissen vielleicht noch, dass der Taxisgarten ein geschlossener Park und nicht für die Öffentlichkeit zugänglich war. Ich habe mir bei dem Projekt mehrfach eine blutige Nase geholt.

Letztes Jahr gab es außerdem das fantastische Erinnerungsprojekt „Die Rückkehr der Namen“, das mich sehr bewegt hat. All diese Dinge haben wir zusammen auf den Weg gebracht. Ich appelliere heute noch einmal an Sie: Teilhabe kostet Geld – bei allen finanziellen Nöten, die ich sehe und verstehe.

Teilhabe von Menschen mit Behinderung ist ein Menschenrecht. Wir sprechen über verschiedene Standards, und ich kann Ihnen sagen: Viele Standards für Menschen mit Behinderung werden im

Moment sowieso infrage gestellt. Sie wissen, dass Bundeskanzler Merz gesagt hat, die Eingliederungshilfe sei zu hoch und so gehe es nicht mehr weiter. Wenn man sich die Zahlen anschaut, stellt man fest, dass sie deshalb steigen, weil es mehr Hilfeempfänger gibt. Von den betroffenen Menschen bekommt keiner einen einzigen Cent mehr. Wir diskutieren in Bayern mittlerweile über die von Eltern jahrelang erkämpften Einzelzimmer für ihre Kinder in den Einrichtungen der Behindertenhilfe. Jetzt wird wieder über Doppelzimmer gesprochen. Wir wissen auch, dass in München viele Kinder mit Förderbedarf über lange Strecken nicht mehr in die Schule dürfen, obwohl wir ein gegliedertes Schulsystem haben.

Bitte schauen Sie nicht weg, selbst wenn das Geld weniger wird! Manchmal würden auch kleine Dinge ein tolles Signal senden, das uns zeigt, dass wir mitberücksichtigt werden. Ich bitte Sie eindringlich, aufmerksam durch die Stadt zu gehen. Am Montag habe ich in der *Rathaus Umschau* etwas über den Radl-Check gelesen. Ich habe mich gefragt, warum das nicht Radl- und Rolli-Check heißt. Ein zusätzliches Wort kostet wahrscheinlich keinen Cent mehr. Menschen im Rollstuhl würden sich durch so eine tolle Öffentlichkeitsarbeit mitgenommen fühlen. Versuchen Sie, derartige Dinge einzubauen und umzusetzen!

Es gibt verschiedene Ampelmännchen. Irgendwann würde ich mir auch mal ein Ampelmännchen mit einer Behinderung wünschen – mit einem Blindenstock, einem Rollstuhl oder Ähnlichem. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste und DIE LINKE./Die PARTEI) – Ich glaube, das kostet nicht viel Geld. Sie müssen es nur einfordern und umsetzen. Diese Signale wünsche ich mir persönlich dringend für diese Stadt, um nicht aus dem Fokus zu geraten.

Vielen Dank und alles Gute! Vielen Dank auch für die tollen 20 Jahre, die ich mit Ihnen zusammen für die Stadt und für Menschen mit Behinderungen Maßnahmen umsetzen konnte und durfte. Danke und auf Wiedersehen! – (Anhaltender allgemeiner Beifall)

OB Reiter:

Dein Beitrag hat gezeigt, warum wir 20 Jahre lang so viel Wert auf Deine Arbeit gelegt haben. Ich freue mich über die genannten Anregungen, z. B. aus dem Radl-Check einen Radl-Rolli-Check zu machen. An solche Dinge denken wir zu wenig, oder wir sprechen sie nicht aus. Bei den Ampelmännchen haben wir andere Motive umgesetzt. Du sagst zu Recht, diese Dinge könne man realisieren. Jemand muss diese Ideen haben, formulieren und umsetzen. Ich bin wie all die Jahre weiterhin dankbar für jeden Hinweis.

Zur Haushaltsdiskussion muss ich eines klarstellen: Beim Goldstandard ging es definitiv nicht um die Arten der Teilhabe, die Du genannt hast. Wir sprachen von Millioneninvestitionen im Bausektor. Natürlich wird in diesem Bereich in München niemand an den gesetzlichen Standards rütteln. Davon gehe ich fest aus. Wir haben in einem interfraktionellen Arbeitskreis darüber gesprochen, dass wir über die gesetzlichen Vorgaben zum Bau barrierefreier Wohnungen hinaus ganze Wohnblocks barrierefrei bauen. Das macht das Ganze unheimlich teuer. Goldstandard ist sehr plakativ. Ich möchte noch einmal sagen: Wir rücken kein Jota von gesetzlichen Vorschriften ab. Wir müssen uns beim Bauen aber überlegen, was wir uns noch leisten können. Da reden wir über ein bisschen mehr Geld als beim Radl-Rolli-Check oder bei den Ampelmännchen.

Ich glaube aber für den ganzen Stadtrat oder jedenfalls für die große Mehrheit sprechen zu können: Uns ist klar bewusst, dass wir bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention noch einen weiten Weg vor uns haben. Auch bei den Dingen des alltäglichen Lebens, die Du angesprochen hast, gibt es immer wieder etwas zu tun. Ich danke ausdrücklich für die 20 guten Jahre! Du wirst nicht unpolitisch werden, und meine Adresse ist Dir immer noch bekannt. Wenn Du Ideen hast, schreib mir einfach. Wir machen dazu Vorschläge und setzen diese auch um. Alles Gute, lieber Oswald Utz! – (Allgemeiner Beifall)

StRin Langmeier:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen, lieber Oswald! Natürlich habe ich einen Beitrag vorbereitet. Nach Deinen Worten ist es aber wichtig, sie stehen und wirken zu lassen und sie nicht zu zerreden.

Ein Punkt ist heute wieder ganz deutlich geworden: Wir sprechen im Zusammenhang mit Inklusion stets von „Leben und leben lassen“. Das haut nicht immer ganz hin. In Bayern sagt man aber auch: „Reden bringt d’Leut zam“. Das ist Dir in den letzten 20 Jahren immer wieder gelungen. Im Bereich Inklusion ist es immer wieder wichtig, miteinander zu reden. Lasst uns miteinander ins Gespräch kommen! Wir haben mittlerweile erreicht, dass es in der Verwaltung viele offene Ohren gibt und der Behindertenbeirat bei einem Kompromiss nicht immer gleich Angst hat, über den Tisch gezogen zu werden. Das haben wir gerade bei den Gehwegbreiten gemerkt, und das ist auch Dein Verdienst, Oswald. Vielen Dank dafür! Ich appelliere noch einmal an alle: Lasst uns viel mehr miteinander über die verschiedenen Themen reden und voneinander lernen.

Zu den Ampelmännchen und den Rolli-Checks: Ich glaube, wir müssen keinen Wettlauf starten, wer den ersten Antrag dazu stellt. Herr Dunkel nimmt das sicher gern mit und schaut, was er in möglichst kurzer Zeit realisieren kann. – (Beifall) – Vielen Dank!

StRin Likus:

Lieber Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Der Bericht des Behindertenbeauftragten zeigt, wo wir bei der Kampagne „München wird inklusiv“ mit lustigen Stickern stehen. Natürlich bedanke auch ich mich zunächst bei Oswald für 20 Jahre geleistete Arbeit, vor allem aber auch für die Arbeit der letzten Jahre, die in diesem Bericht dargestellt wird. Es wird deutlich erwähnt, dass nicht nur Oswald Utz hier mitgewirkt hat, sondern auch der Beirat und alle engagierten Mitarbeitenden. Viele davon sind ebenfalls Menschen mit Behinderung.

Das bringt uns zum ersten wichtigen Punkt, der im Bericht explizit erwähnt wird. Es geht darum, mit Haltung, Fachwissen und Ausdauer gemeinsam zu gestalten. Nicht nur denken wir an Menschen mit Behinderung, damit sie teilhaben können, sondern sie sollen selbst mitgestalten und „teilgeben“ können. Dieser Punkt ist mir äußerst wichtig. Ich habe mich sehr gefreut, dass er im Bericht explizit erwähnt wurde.

Inklusion findet aber nicht nur auf dem Papier, in Berichten und Bekanntgaben statt. Sie muss auch praktisch im Alltag erfolgen. Was nützt ein Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz, wenn Menschen mit Behinderung nicht zu Bewerbungsgesprächen eingeladen werden? Was nützt eine Leitlinie zum inklusiven Schulbau, wenn die Barrierefreiheit im Gebäude nicht automatisch auch zu einem barrierefreien Unterricht führt? Was nützt uns ein WC-Finder und die Werbung, während der Hitzeperioden viel zu trinken, wenn dies dazu führt, dass häufiger ein WC benötigt wird, der WC-Finder aber irgendwo im Geodaten-Portal versteckt ist?

All dies ist natürlich keine Absicht, aber leider Teil des Systems. Es ist nicht böse gemeint, aber genau dort beginnt Ableismus. Bedürfnisse werden übersehen, weil nur diejenigen darüber reden, die sie selbst nicht haben. Wir müssen Inklusion zu Ende denken. Deswegen ist es auch sinnvoll, dass im letzten Teil des Berichts zum 3. Aktionsplan übergeleitet wird. Er hat das Motto „Ableismus abbauen“ und fokussiert sich besonders auf Strukturen und die dahinterstehende Haltung. Es nützt nichts, nur eine Rampe zu bauen. Ich muss mich auch fragen, wer zu der Veranstaltung hinter der Rampe eingeladen wird und wer auf der Bühne am Ende dieser Rampe steht oder sitzt.

Genauso müssen wir noch besser werden bei Veranstaltungen auf unseren Flächen, wie am letzten Wochenende auf dem Königsplatz. Dort wurde das barrierefreie Podest für Rollstuhlfahrer an einer Stelle aufgebaut, an der man faktisch keinen Blick auf die Bühne hatte. Das ist nicht sinnvoll und nicht zu Ende gedacht. Es ist zwar gut, dass sowohl der Veranstalter als auch die Genehmigungsbehörde auf Maßnahmen zum Thema Barrierefreiheit geachtet haben. Diese machen aber nur Sinn, wenn sie in der Realität zu einer vernünftigen Teilnahme von Menschen mit Behinderung bzw. Menschen im Rollstuhl führen. Bei einem Podest ohne Sichtlinie zur Bühne finde ich es eine Frechheit, dass Leute im Rollstuhl den gleichen Preis zahlen wie Menschen, die sich in Positionen mit guter Sicht platzieren können. Da müssen wir einfach besser werden.

Wir werden weiter daran arbeiten, dass dies gelingt. Wir müssen darauf schauen, dass München in jeder Hinsicht inklusiver wird. Wir dürfen nicht nur Regeln beschließen, die Wege eröffnen, sondern müssen diese Wege auch gemeinsam freihalten. Oswald Utz hat uns dabei geholfen. Seit Januar unterstützt uns Daniela Maier, die ebenfalls mit einem klaren Blick, viel Erfahrung und großem Engagement den Münchner Stadtrat als neue Behindertenbeauftragte bereichert. Ich wünsche ihr alles Gute!

Lieber Oswald, noch einmal herzlichen Dank für die in den vergangenen Jahren geleistete Arbeit, das gute Miteinander, den guten Austausch und Deine positive Art, in der Du uns gegenüber auch Kritisches angemerkt hast. Das habe ich wirklich sehr geschätzt. Vielen Dank dafür! – (Beifall der SPD)

StR Lechner:

Liebe Bürgermeister*innen, liebe Kolleg*innen! Lieber Oswald, was für eine Freude, Dich wiederzusehen! Du fehlst massiv, so wie wir Dich kennengelernt und geliebt haben. Es ist erstaunlich, wie Du Dir – trotz der negativen Erfahrungen, die Du jetzt im Nachgang schilderst – Deine gute Laune und Deine Kritikfähigkeit über diese 20 Jahre erhalten konntest.

Deine Nachfolgerin Daniela Maier macht einen wahnsinnig guten Job, geht zu allen Terminen, die sie wahrnehmen kann, und versucht, sich Kompetenz zu erarbeiten. Sie tritt in große Reifenspuren und macht das sehr ernsthaft, gewissenhaft und mit viel Freude. Deswegen fehlst Du von der Struktur her nicht, aber als Person. Lieber Oswald, bitte genieße Deine Altersfreizeit und den Rückzug aus der Politik. Deine Anliegen sind in guten Händen, und wir hören Deiner Nachfolgerin gern zu.

Offene Ohren reichen nicht. Wir müssen Dinge umsetzen, damit aus dem Menschenrecht der Teilhabe eine tatsächliche Teilhabe werden kann. Ein Beispiel betrifft die Standards am Bau. Neun Frauen im Alter von 55 bis 70 Jahren, darunter eine Rollstuhlfahrerin, gründen eine Lebensgemeinschaft und suchen eine Wohnung über die Münchner Wohnen. Die Gesellschaft fand zwar barrierearme, aber keine rollstuhlgerechten Wohnungen. Dabei braucht die Rollstuhlfahrerin gar keine rollstuhlgerechte, sondern nur eine barrierearme Wohnung. Aber die Münchner Wohnen hat ihr nicht richtig zugehört. Die Umsetzung der Rechte steht und fällt nicht nur mit den Standards, sondern damit, wie wir miteinander umgehen und einander zuhören.

Ich möchte überprüfen, ob unsere Beschlüsse auch umgesetzt werden. Am 26.03.2025 haben wir in der Vollversammlung einstimmig beschlossen, den 3. Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf den Weg zu bringen. Dazu habe ich die Nachfrage an Herrn Eckhardt, der in Vertretung von Frau Schiwy zuständig sein müsste, ob die folgenden vier Maßnahmen auf dem Weg sind und umgesetzt werden:

- die Förderung der Maßnahmen des Projekts FREIZEIT hoch2 an den Träger Verein für Fraueninteressen e. V. mit 61.000 € jährlich ab dem Jahr 2025 zur Vermittlung von Freiwilligen,
- die Einrichtung von weiteren acht Anlauf- und Vernetzungsstellen zur Inklusion und die Bezuschussung mit 88.000 € jährlich,
- die Aufstockung des bereits vorhandenen Etats für Einzelförderungen um 20.000 € jährlich,
- das Aufheben des Stadtratsbeschlusses vom 20.12.2023 in Bezug auf „Raum für eigenleben“ und das Sicherstellen der Förderung der Maßnahmen aus dem 2. und 3. Aktionsplan UN-BRK in Höhe von 25.000 € für die Jahre 2025 und 2026 durch Umschichtungen.

Ihr könnt das in der Beschlussvorlage der Sitzung vom 26.03.2025 im Detail nachlesen. In der Summe betragen die Kosten für die vier Maßnahmen 250.000 €. In der letzten Sitzung der Gruppe zur Behindertenrechtskonvention kam die Rückmeldung, dass nichts mehr angemeldet werden dürfe.

Ich finde es problematisch, dass Ihr zwei Minuten lang Beifall klatscht, wenn Ihr die Umsetzung Eurer eigenen Beschlüsse nicht kontrolliert. Gleichzeitig wurde in der letzten Vollversammlung jubelnd beschlossen, 6 Mio. € für die Bewerbung für die Olympischen Spiele auszugeben. Meine Aufgabe als Stadtrat ist es, auf offensichtliche Widersprüche und Inkonsistenzen hinzuweisen. Alle Fraktionen wollen Inklusion, aber das allein reicht nicht, wir müssen sie auch umsetzen. Daher

fordere ich alle an der Umsetzung beteiligten Referate auf: Melden Sie bitte die in der Vollversammlung beschlossenen Maßnahmen an! Es kann nicht sein, dass der politische Wille des Stadtrats durch Haushaltsverhandlungen unterlaufen wird. Wir müssen die Beschlüsse umsetzen und dürfen das Geld nicht woanders verballern. Ich hoffe, das wird besser, und freue mich weiterhin auf eine gute Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeirat und der Behindertenbeauftragten.

Lieber Oswald, ich freue mich, wenn Du uns ab und zu einen Besuch abstattest, von außen ein kritisches Auge auf die Situation wirfst und deutlich sprichst. Ansonsten gilt: Bitte genieße die Zeit, und gönne Dir Ruhe! Du hast sie Dir 20 Jahre lang verdient.

OB Reiter:

Wollen wir die rhetorischen Fragen noch beantworten? – (Zuruf: Er hat sie ja schon beantwortet. – Zuruf: Dann lassen wir es.)

StRin Gassmann:

Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Oswald, Du bist eine beeindruckende Persönlichkeit. Deinen Auftrag hattest Du immer fest im Blick und bist pragmatisch an Probleme herangegangen. Das zeigt auch Dein heutiger Auftritt, beispielsweise beim Thema Radl- und Rolli-Check. 20 Jahre lang hast Du im Blick gehabt, wie man das Leben für Menschen mit Beeinträchtigungen verbessern kann. Dafür von unserer Seite vielen Dank!

Mir tut es unendlich leid, dass Du gegangen bist, aber ich kann Deinen Schritt sehr gut nachvollziehen, denn ich weiß, was Du noch alles vorhast. Deinen Blick auf die Dinge wirst Du nie verlieren, und ich bin mir sicher, dass Du uns noch den einen oder anderen Hinweis geben wirst. Du darfst dir sicher sein, dass wir in diesem Stadtrat immer ein offenes Ohr für Dich haben werden.

Ich gehöre der Gruppe zur UN-Behindertenrechtskonvention an und sehe, mit welcher Verve referatsübergreifend an diese Themen herangegangen wird. Mit der Bürgermeisterin als Vorsitzender werden wir an dieser Stelle sicher nicht lockerlassen. Da wird noch einiges kommen. Natürlich kann man Geld nur einmal ausgeben, aber Inklusion und Teilhabe dürfen keine leeren Wörter sein. Unsere gesetzlichen Aufträge werden wir wahrnehmen – und sicher auch noch das eine oder andere darüber hinaus.

Der Oberbürgermeister hat dem Beraterkreis Wohnen gesagt, dass wir die gesetzlich vorgeschriebenen Standards zum barrierefreien Wohnen einhalten werden. Ich habe ein Beispiel, wie wir hier

noch besser werden können: In Laim hat eine Gruppe von gehörlosen Mieterinnen und Mietern lange Zeit darum gekämpft, statt einer Gegensprechanlage eine Videosprechanlage zu erhalten. Dieser Kampf soll nicht umsonst gewesen sein. Diese Arbeit soll ein künftiger gehörloser Mieter nicht noch einmal leisten müssen. Das ist unser Auftrag. Du kannst Dir sicher sein: Auch ich werde mich diesen Themen nicht verschließen, mein Herz ist offen.

Du hast gefragt, was Du falsch gemacht hättest. Nichts! Du hast immer richtig gehandelt, indem Du Deinem Herzen gefolgt bist, und das werden auch wir weiter tun. Wir werden genau hinschauen, wo es notwendig ist. Du hast vieles erreicht. Aber wir sind noch nicht am Ziel. Wir werden den Finger in die Wunde legen, egal, worum es geht, und ich bin mir sicher: In diesem Rathaus werden alle diesen Weg mitgehen.

Von unserer Seite herzlichen Dank für Dein großes Engagement! Was einem Rollifahrer guttut, kann auch einem Fußgänger nicht schaden.

Bfm. StR Dunkel:

Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren. Vielen Dank für die Vorschläge! Den ersten zum Thema Radl-Check haben wir weitestgehend umgesetzt. Bei diesen Checks schauen wir auch Kinderwagen und Rollstühle an und bieten kleinere Maßnahmen wie das Aufpumpen von Reifen an. Über den Titel der Veranstaltung werden wir nachdenken und die Rollis aufnehmen.

Die Ampelmännchen sind eine tolle Idee. In der Straßenverkehrsordnung steht leider, dass es sich um ein gehendes und ein stehendes Symbol handeln muss. Das wäre bei einem Rollstuhl nicht möglich. Aber mein Ehrgeiz ist geweckt, eine Lösung zu finden und sie an geeigneter Stelle zur Anwendung zu bringen.

OB Reiter:

Dazu möchte ich Sie ausdrücklich motivieren. Was die Straßenverkehrsordnung angeht: Es gibt ja immer noch unterschiedliche Farben. Daran wollen wir nicht rütteln. Ich glaube, das lässt sich irgendwie lösen. Danke für den Hinweis! Sie müssen kein Wettrennen mit Anträgen veranstalten, obwohl es zu Recht angeregt wurde. Wir setzen das um, soweit und sobald es geht.

Die Bekanntgabe der Referentin wird **zur Kenntnis genommen**.

A6: Berufsmäßige Stadträtin Charlier: Verkürzung der Amtszeit und Rückkehr in das frühere Dienstverhältnis

Aktensammlung Seite 7769

StR Dr. Köning:

Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir möchten uns ganz herzlich bei Frau Charlier bedanken. Sie hat ein Angebot bekommen, in ihre Geburtsstadt zurückzukehren, wo auch ihre Familie lebt. Sie wird dort im Rang einer Staatssekretärin auf einer besser bezahlten Stelle für das Thema Wohnungsbau zuständig sein und auch Verantwortung im Bundesrat innehaben. Wir sehen das durchaus mit einem weinenden Auge.

Wir durften Frau Charliers Wirken als Kommunalreferentin leider nur kurz genießen und möchten uns dafür bedanken. Außerdem war Frau Charlier über 20 Jahre bei der Landeshauptstadt München tätig, u. a. im Rang einer Stadtdirektorin als Stellvertreterin von Frau Prof. Dr. (Universität Florenz) Merk. Die Stadt München kann stolz darauf sein, dass jemand aus den eigenen Reihen eine so tolle Laufbahn einschlägt.

Wir hätten uns sehr gefreut, wenn sie länger Kommunalreferentin hätte bleiben können. Aber manchmal kommt es anders, als man denkt. Wir haben dafür volles Verständnis, danken Ihnen für alles, was Sie für bezahlbares Wohnen in der Landeshauptstadt München getan haben, und wünschen Ihnen auch in Hamburg alles Gute. Auch dort ist bezahlbares Wohnen ein wahnsinnig wichtiges Thema. Frau Charlier, danke für Ihre Arbeit! – (Beifall von SPD und Die Grünen – Rosa Liste)

OB Reiter:

Liebe Frau Charlier, ich darf mich anschließen. Vielen Dank! Nach dem langen Anlauf hätte ich nicht gedacht, dass wir uns so schnell wieder trennen. Wir haben auch schon ein paar Jahrzehnte miteinander verbracht und hatten – egal, in welcher Funktion – immer eine gute Zeit. Ich habe Dr. Peter Tschentscher gratuliert und auf seine Frage geantwortet, dass man Sie uneingeschränkt empfehlen kann.

Ich bin glücklich, dass Sie tariflich nur in B10 eingruppiert werden, denn ein kleiner Unterschied sollte noch bleiben. Aber Sie haben ordentlich aufgeholt. Insofern gilt Ihnen mein persönlicher Glückwunsch! Wir haben länger über Ihre Motivation gesprochen, die ich nachvollziehbar finde. Ich

wünsche Ihnen viel Glück und Erfolg in Hamburg. Wir werden nach Hamburg schauen, ob es dort gute Ideen zum Thema Wohnungsbau gibt.

– OB Reiter, StR Weisenburger, StRin Abele, StR Ruff, StR Jagel und StR Prof. Dr. Hoffmann überreichen Frau Charlier Blumensträuße. –

Der Antrag der Referenten wird **einstimmig beschlossen**.

Bfm. StRin Charlier:

Vielen Dank für die netten Worte! Ich möchte mich für 23 fantastische Jahre bei der Landeshauptstadt München bedanken, die bisher mein einziger Arbeitgeber war. Ich habe immer sehr gern für das Wohl unserer Stadt gearbeitet. So steht es auch in den vielen Urkunden, die ich übergeben durfte. Herr Oberbürgermeister, von Ihnen bekam ich vor ein paar Monaten eine Urkunde zum 25-jährigen Dienstjubiläum, bei dem das Referat nicht mitzählt. Das war eine große Auszeichnung.

Ich bedanke mich bei der Stadtspitze für die fantastische Zusammenarbeit, besonders bei dem Herrn Oberbürgermeister und der Frau Bürgermeisterin, sowie bei den Referent*innen, Stadtdirektor*innen und der gesamten Verwaltung. Wir hatten eine sehr schöne Zeit zusammen, und ich habe tolle Kolleg*innen kennengelernt. Danke an das Kommunalreferat, das mich nett aufgenommen hat, und in dem ich ein tolles Jahr hatte!

In der ersten Fußball-Bundesliga spielen der Hamburger SV und der FC Bayern München wieder gegeneinander. Ich befürchte, dass wir – wie früher – aus der Allianz Arena haushoch herausgekickt werden, aber der HSV wird sein Bestes geben. Darüber hinaus gibt es viele gemeinsame Themen und Herausforderungen. Ich bin überzeugt, dass wir uns beruflich, aber hoffentlich auch privat wiedersehen. In Hamburg sagt man tschüss, in München servus. Vielen Dank! Ich werde München immer in meinem Herzen tragen und verabschiede mich. Danke schön! – (Allgemeiner Beifall)

A8: Bewerbung der Landeshauptstadt München um Olympische und Paralympische Spiele**Ermächtigung zur Abgabe des Konzepts, Ratsbegehren zur Initiierung eines Bürgerentscheids und notwendige Ressourcen****Antrag Nr. 4741 von Mitgliedern der Fraktion CSU mit FREIE WÄHLER vom 09.04.2024**

Aktensammlung Seite 7773

StR Ruff:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Diese Beschlussvorlage steht heute noch einmal auf der Tagesordnung, weil die Begründung für das Ratsbegehren letztes Mal kraftlos war und nicht überzeugt hat. Mein Eindruck: Sie ist nicht besser geworden, sondern inhaltsleer und kraftlos geblieben.

Fordert bei ChatGPT eine zweiseitige Begründung für eine Olympiabewerbung Münchens an! Sie wird mehr in die Tiefe gehen, mehr Substanz haben und emotional überzeugender sein als diese Beschlussvorlage. In 15 Sekunden erhaltet Ihr ein besseres Schriftstück. Das lässt an der Ernsthaftigkeit dieser Bewerbung zweifeln.

Ich will keine Olympischen Spiele und habe kein Interesse an einer Bewerbung. Im Übrigen glaube ich, dass wir keine Chance haben, die Spiele zu bekommen. Kein Land auf der ganzen Welt wartet darauf, dass München diese Spiele ein zweites Mal ausrichtet. Aber wenn man viele Millionen für diese Bewerbung und für dieses Ratsbegehren ausgibt, muss man das nutzen.

Ich hätte mir gewünscht, dass man die Arbeitszeit, die Ideen und das Geld nutzt, um eine Vision für München zu erarbeiten. Wie soll München 2040 oder 2044 aussehen? Wohin wollen wir als Stadt? Diese Begründung geht an eine knappe Million Menschen in dieser Stadt. Keine Zeitung, keine Internetseite hat in München so viele Menschen erreicht wie diese 950 000 Briefe an Münchner Haushalte. Das muss genutzt werden, selbst wenn Olympia nicht kommt. Wie kann diese Bewerbung München dienen? Die Chance wird vertan. Man bekommt den Eindruck, dass niemand ernsthaft an den Zuschlag für die Olympischen Spiele in München glaubt.

Die Begründung ist sehr dünn. Man greift auf 1972 zurück. Der Olympiapark ist zwar schön, aber die Sportstätten sind nicht olympiatauglich. Das Schwimmbad hat nicht genügend Bahnen. Eine

temporäre Wettkampfarena in Freising wird uns als nachhaltig verkauft, während in München Schwimmbäder schließen und Schulen nicht gebaut werden. Die Vokabel „nachhaltig“ ist abgegriffen, inhaltsleer und wenig überzeugend. Man will uns verkaufen, dass Projekte schneller umgesetzt werden. Die zweite S-Bahn-Stammstrecke soll nach jetzigen Planungen 2037 eingeweiht werden und nicht wie angekündigt zur Winter-Olympiade 2018. Olympische Spiele taugen nicht zur beschleunigten Umsetzung von Projekten, sondern lediglich als Feigenblatt. Kein Mensch in dieser Stadt glaubt daran, dass Olympia München irgendetwas bringt.

Es glaubt auch niemand daran, dass wir neue Projekte bekommen. Für die Beschlussvorlage wurden alte Ideen aus der Mottenkiste geholt. Wer glaubt, dass die Stadt München die U9 in 15 Jahren bauen kann? Der Bau der 2. Stammstrecke dauert 30 Jahre. Die Tram-Westtangente dauert 35 Jahre. Das ist nicht glaubwürdig.

Meine Haltung zu der Beschlussvorlage ist gespalten: Einerseits freue ich mich, dass die Stadtratsmehrheit das Ratsbegehren verlieren wird. Mit dieser Herangehensweise kommt Ihr nicht weit. Andererseits tut es mir weh, dass so viele Millionen Euro vergeudet werden, anstatt sie sinnvoll zu nutzen und eine Vision für die Stadt zu entwickeln.

StR Lechner:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Tobi, ich sehe das anders. Ohne Hintergrundwissen ist der Text super und liest sich toll. Der Vortrag des Referats für Bildung und Sport im Sportbeirat hörte sich super an, wenn man sich nicht näher damit beschäftigt hat. Ich möchte die Formulierungsleistung wertschätzen. Der Inhalt liegt nicht in Ihrer Verantwortung. Sie müssen das schreiben, was von Ihnen verlangt wird. Ich würde dem Fantasieaufsatz „Was könnte Olympia für München bringen?“ eine Eins mit Sternchen geben.

Jetzt kommt der Faktencheck, dabei möchte ich mich auf drei Aussagen konzentrieren: „Wichtige Projekte für die Stadtentwicklung kommen schneller voran“, „Die Olympischen und Paralympischen Spiele sind ein Motor für die Wirtschaft“ und „Auswirkungen der Olympiade 1972 München“.

Tobi hat es bereits gesagt: Wir sind noch weit von der richtigen Olympia-Bewerbung entfernt und befinden uns im deutschen Vorentscheid mit drei Konkurrenten. Alle vier zahlen derzeit mindestens 6 Mio. €. Damit werden für den ersten Aufschlag bundesweit 18 Mio. € verblasen. Wenn wir den Zuschlag erhalten sollten, wäre das noch lange kein Grund zur Freude. Dann müsste beim nächsten Mal erneut der Geldbeutel aufgemacht werden. Nach den Erfahrungen der bisherigen Olympia-

Kampagnen sind in der zweiten Phase um die 50 Mio. € fällig. Angesichts der vorherigen Ausführungen über den Haushalt frage ich mich schon, wo die herkommen sollen. Warum geben wir 6 Mio. € aus, wenn wir wissen, dass wir die 50 Mio. € eigentlich gar nicht haben?

Zweiter Punkt: Studien. Warum setzt man sich nicht mit den wissenschaftlichen Studien auseinander, die es zu den Olympischen Spielen gibt? Laut einer Langzeitstudie von 1965 bis 2015 sind die Kosten bei allen stattgefundenen Olympischen Spielen durchschnittlich um 176 % gestiegen. Es gibt den Extremfall Montreal mit 1 400 % waren. Dort war die Stadt über zehn Jahre verschuldet. Zudem wissen wir, dass das gesamtschuldnerische Risiko vertraglich bei der Stadt liegt. Das betrifft alles, was nicht plan- und vorhersehbar ist und alles, was am Ende passiert. Wir reden von 16 bis 20 Jahren. Wir bringen jetzt schon Dinge auf den Weg und erzeugen Kosten für die künftigen Generationen.

Und dann gibt es noch das Thema Hitze. Der Klimawandel macht sich jetzt bemerkbar. Da bin ich auch wieder bei Tobi. Wir müssten ganz anders investieren, damit es die Menschen 2040 in dieser Hitze noch aushalten können, und uns Gedanken über die entstehenden Emissionen durch die nach München reisenden Sportler machen.

Die Olympischen Spiele 1972 haben der Stadt München 635 Mio. Mark Verlust gebracht. Aufgrund der Preisentwicklung kann man sagen, dass es heute ungefähr 600 Mio. € wären. Die weiteren Nebeneffekte sind die Teuerungen in der Stadt. Es gibt genügend Beispiele aus den uns am nächsten liegenden Olympia-Städten London, Paris und Barcelona. In London sind die Mieten um 30 % gestiegen, in Barcelona in den sechs Jahren vor den Olympischen Spielen um bis zu 145 %. Auch in Paris gab es Mietpreisanstiege von 20 bis 40 %.

Es wird immer behauptet, Olympia sei ein Motor für die Wirtschaft. Die Fachleute sagen etwas anderes. Die Investmentbank Goldman Sachs hat in ihrer Untersuchung festgestellt, dass der Nettoeffekt der Spiele praktisch bei null liegt. Das Positive wird durch Negatives aufgehoben. Die Rating-Agentur Moody's sagt, dass das Bruttoinlandsprodukt bei Olympischen Spielen im dritten Quartal steige, wenn die Tickets gekauft werden. Danach heben die negativen Effekte die positiven Effekte weitgehend auf.

Tobi hat es angesprochen: Bringt es wirklich etwas für die Infrastruktur, wenn wir nach jetziger Planung bis 2037/38 für die 2. S-Bahnstammstrecke brauchen, kein Geld haben und nicht wissen,

welche Verzögerungen noch kommen? Seien wir realistisch: eher nicht. Mit den üblichen Verzögerungen wäre die Stammstrecke frühestens 2040 fertig.

Sollten wir tatsächlich den Zuschlag bekommen und diese Projekte mit Zeitdruck auf den Weg bringen, müssten wir sie zu Ende führen. Dann gäbe es keinen Spielraum für alles, was in zehn oder 15 Jahren sonst in der Stadt notwendig wäre – Inklusion, soziale Fragen oder andere Themen. Unter dem Sachzwang würde alles in Olympia statt in das Wohlergehen unserer Bürger*innen gebuttert. Dem können wir grundsätzlich nicht zustimmen. Eigentlich kann ich an dieser Stelle aufhören, weil die Argumente ausreichen. – (Allgemeiner Beifall)

Noch einmal zu den Olympischen Spielen von 1972: Es wird so getan, als könnten wir jetzt ähnliche Effekte erzielen. Damals hat sich strukturell viel getan, und die Stadt war noch ein Entwicklungsgebiet. Den Olympiapark gab es in dieser Form noch nicht, und man konnte vieles entwickeln. Heute ist alles so verdichtet, dass man sich fragen muss, wo das hinführen soll. Das ist keine Weiterentwicklung, sondern eine Verschlechterung. Ich möchte unseren früheren Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel zitieren, der gesagt hat, der U-Bahn- und Wohnungsbau hätte auch ohne die Olympischen Spiele 1972 stattfinden müssen und können.

Meine Botschaft lautet: Wohnbau, Verkehrswege und alles andere brauchen wir, aber ohne Olympia werden wir es besser und schneller hinbekommen. – (Beifall von DIE LINKE./Die PARTEI)

StR Brem:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe gehofft, dass der Stadtrat nicht der Versuchung erliegt, die bereits geführte Debatte nochmals zu führen. Diese Hoffnung hat sich zerschlagen. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste)

Die Rede des Kollegen Ruff klang, als hätte man ChatGPT beauftragt, sag mir alles, was ich schon längst gesagt habe, aber lass es neu ausschauen. Da gab es keine neuen Argumente. Keine Verwaltung der Welt hat es verdient, so in Misskredit gezogen zu werden. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste) Du hast die von uns in Auftrag gegebene Arbeit an dem Konzept und der Begründung der Bewerbung diskreditiert. Das haben die Mitarbeitenden im RBS nicht verdient. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste)

Immer wieder werden Studien zitiert. Jeder sucht sich eben die Studien heraus, die zu seiner Argumentation passen. Trotz der Studien, Berichte und Ergebnisse müssen wir am Ende ganz allein

unsere Entscheidung treffen, die auf dem Abwägen von Argumenten und Gründen basiert. Unsere Fraktion hat es sich damit nicht leicht gemacht, wie wir bereits in der letzten Vollversammlung gesagt haben. Wir werden in der Partei weiter diskutieren und Überzeugungsarbeit leisten. In der Summe haben wir uns angesichts aller Pros und Contras entschieden, für die Bewerbung zu stimmen. Am Ende sind die Studien gleichgültig, denn wir beschließen nichts anderes, als den Münchner Bürgerinnen und Bürgern die Entscheidung zu überlassen, ob sie eine Bewerbung haben wollen.

Wir haben lediglich darum gebeten, die Begründung etwas klarer zu formulieren. Damit wird sie eindringlicher, und den Abstimmenden fällt es leichter, eine Entscheidung zu treffen. Das ist erfolgt. Ich finde die Begründung plausibel und knapp, sodass jeder, der sie liest, am 26. Oktober eine Entscheidung treffen kann. Bis das Votum erfolgt, können alle Gegner dieser Bewerbung für ihre Argumente werben. Die Befürworter werden das auch tun. Mal sehen, wie es am 26. Oktober ausgeht. Wir sollten diese Kämpfe um die besten Argumente lieber in die Öffentlichkeit bringen und nicht mehr hier führen. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste)

StRin Abele:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe gehofft, dass die lange Diskussion vom letzten Mal ausgereicht hätte. Dominik Krause hatte extra darauf hingewiesen, dass wir die Debatte nicht in die Länge ziehen. Das möchte ich auch nicht. Sämtliche Argumente wurden ausgetauscht und gerade diejenigen von Tobias Ruff wurden in aller Breite diskutiert. Ich verstehe nicht, wieso wir das wiederholen müssen. Dadurch wird es nicht überzeugender. Wenn man keine Mehrheit dafür gefunden hat, wird das auch nicht nach der x-ten Wiederholung geschehen.

Einen Punkt möchte ich herausgreifen: Du hast immer wieder angebracht, dass alle aus Anlass der Bewerbung für die Winterspiele 2018 gemachten Versprechen nicht gehalten wurden. Wir haben auch keinen Zuschlag bekommen. Dieses Argument ist für mich intellektuell nicht nachvollziehbar.

Mein nächster Punkt richtet sich an Thomas Lechner: Im letzten Tagesordnungspunkt ging es um Inklusion. Jetzt sprechen wir nicht nur über die Olympischen, sondern auch um die Paralympischen Spiele. – (Beifall der SPD) – Das wäre ein wahnsinniger Booster für diesen Bereich. Da könnten wir wirklich etwas voranbringen. Es wäre nachhaltig und neu, wenn alle unsere Sportstätten barrierefrei wären. – (Zwischenruf von StR Lechner) – Du kannst uns gern sagen, wo das Geld herkommt. Du hast gesagt, alles ginge schneller und besser. Okay, wenn man in einer Traumwelt lebt, kann man das so verkaufen. – (Beifall der SPD) – Es tut mir leid, aber das ist hanebüchen.

Wir haben das RBS beauftragt, kurz und knapp zusammenzufassen, über was die Bürgerinnen und Bürger am 26. Oktober abstimmen sollen. Das ist dem Referat sehr gut gelungen. Es ging nicht um lange Ausführungen. Die Menschen sollen sich einen guten Überblick verschaffen. Wer sich weiter informieren will, bekommt genügend Informationen. Deswegen hat es die Verwaltung nicht verdient, dass man so über ihre Arbeit spricht. – (Beifall der SPD) – Da möchte ich meinem Kollegen recht geben. Es ist eine gute Begründung für unseren Entscheid. Wir werden sehen, wer die besseren Argumente hat. – (Beifall der SPD)

StRin Wassil:

Herr Oberbürgermeister, sehr verehrte Damen und Herren! Wir hatten dem Bürgerentscheid schon zugestimmt. Es ging nur noch um die Begründung. Wir hatten Sie gebeten, eine Passage im hinteren Teil wegzulassen. Nun haben wir festgestellt, dass sie noch drinsteht. Warum? Mit der Passage *„Wichtige Projekte für die Stadtentwicklung kommen schneller voran.“* wecken Sie Erwartungen. Vielleicht kann die Stadt diese Versprechen nicht einhalten. Es kann auch sein, dass sich andere abgeschreckt fühlen, wenn ein neues Wohnviertel für 10 000 Menschen entsteht. Um das zu vermeiden, wäre es schön gewesen, den Satz wegzulassen. Deswegen stimmen wir nicht zu.
Danke!

StRin Grimm:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Tobi Ruff lächelt mich an. Du und Thomas Lechner haben mich herausgefordert, etwas zu sagen. Wir freuen uns auf eine Olympiade in München. – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER) – Wir wollen sie und versuchen, sie zu 80% nachhaltig zu machen. Das Thema haben wir bereits lang und breit diskutiert. Wir finden es richtig, dass ein Bürgerentscheid stattfindet. Danach sehen wir weiter.

Ich möchte nicht mehr alles wiederholen, was Beppo und Kathrin gesagt haben. Nachdem uns Oswald Utz heute eindrücklich geschildert hat, wie schwierig manches für Menschen mit Einschränkungen zu bewältigen ist, möchte ich nochmal auf die besonderen Gelder für die Paralympics hinweisen. Auch aus dieser Sicht ist es eine gute Entscheidung, die Olympischen Spiele nach München zu holen.

Wer bei den Olympischen Spielen in Paris war, hat die tolle Stimmung in der Stadt mitbekommen und wie die Bevölkerung mitgefeiert hat. Julia Schönfeld-Knor lächelt. Wir beide haben das erlebt. Es war großartig. Mit den European Championships 2022 in München gab es bereits eine

Generalprobe. Auch da sind die Menschen total mitgegangen. Ich bin sicher, dass wir es schaffen, gute Olympische Spiele auszurichten, wenn die Bevölkerung zustimmt. Dafür werden wir mit der SPD, den Grünen, und der FDP BAYERNPARTEI alles tun, um diesen Bürgerentscheid zu gewinnen. Vielen Dank! – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER)

StR Prof. Dr. Hoffmann:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! In der Politik gibt es den alten Spruch: „Es ist zwar schon alles gesagt, aber nicht von jedem“. Wir können das heute abwandeln „Es ist zwar schon alles gesagt, aber nicht in jeder Sitzung.“

Wir hatten alle gehofft, dass es mit der Begründung heute schnell geht. Jetzt wird das Thema nochmals aufgemacht. Herr Oberbürgermeister, auch Ihre Referenten finden, das schon zu viel darüber gesprochen wurde. Zumindest sieht man das auf dieser Seite der Bank. Sie dürfen nicht mitmachen und bekämen keine Karten für die Olympischen Spiele. – (StRin Hübner: Die sind dann nicht mehr im Amt.)

Bei der Diskussion verstehe ich eines nicht. Der Deutsche Olympische Sportbund – bald unter der weisen Führung eines FDP-Politikers – möchte die Olympischen Spiele nach Deutschland holen. Jetzt geht es zunächst um die Frage, welche Stadt den Zuschlag bekommt. Eines ist klar, diese Stadt oder das Gebiet, falls es das Ruhrgebiet sein sollte, bekommt eine Menge Geld aus staatlichen Töpfen. Ich frage mich, warum wir diese staatliche Förderung hergeben sollen, wenn wir schon Frau Charlier nach Hamburg abgeben. – (Allgemeine Heiterkeit) – Das reicht doch, dafür wollen wir das Geld vom Bund. Ich kann überhaupt nicht nachvollziehen, warum wir uns das durch die Lappen gehen lassen sollten.

Wir haben die Stimmung bei diversen Sportevents in München in den letzten Jahren erlebt – beispielsweise die Schotten bei der Fußball-EM oder als die NFL ihr erstes Spiel in Deutschland ausgetragen hat. Jedes Mal herrschte eine großartige Stimmung. München war immer eine tolle Gastgeberstadt. Ich kann diese Haltung „Ändert nichts“, „Baut nichts“, „Macht München nicht noch bekannter“ und so viel Rückständigkeit nicht nachvollziehen. In unserer Welt müssen wir doch alle zusammenfinden und brauchen wieder mehr Miteinander.

Der Sport ist ein großartiges verbindendes Element. Da sollten wir uns als Sportstadt ganz vorn positionieren. Das tun wir mit dieser Bewerbung, die wir schon längst beschlossen hatten.

Deswegen müssen wir nicht weiter darüber reden. Wir schauen einfach, wie die Münchnerinnen und Münchner im Oktober abstimmen. Danke! – (Beifall von FDP BAYERNPARTEI)

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen von
ÖDP/München-Liste, DIE LINKE./Die PARTEI und AfD **beschlossen**.

**A9: Vertretung der Landeshauptstadt München in den Aufsichtsräten
der Stadtwerke München GmbH, der SWM Services GmbH, der SWM Bildungstiftung
und Münchener Verkehrsgesellschaft GmbH
Vertretung der Landeshauptstadt München in den Aufsichtsräten
der Münchener Tierpark Hellabrunn AG**

Aktensammlung Seite 7775

– Der Aufruf von Tagesordnungspunkt A9 wird zurückgezogen. –

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen von
FDP BAYERNPARTEI, ÖDP/München-Liste und AfD **beschlossen**.

A10: Austritt von Herrn Nikolaus Gradl aus der Fraktion SPD/Volt
Austritt von Herrn Felix Sproll aus der Fraktion SPD/Volt
Entscheidung über die Anerkennung einer Fraktionsgemeinschaft
Die Grünen – Rosa Liste – Volt
Veränderungen in den Ausschüssen der Landeshauptstadt München
Änderung der Reihenfolge im Ältestenrat

Aktensammlung Seite 7777

StR Weisenburger:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in der letzten Vollversammlung einen Teil dieser Vorlage vertagt, um noch einige rechtliche Fragen zu klären, und haben uns anwaltlich beraten lassen. Die Landeshauptstadt München hat nochmals Rat bei der Regierung von Oberbayern gesucht. Deren Antwort liegt vor, und ich darf den Kern der Antwort zusammenfassen.

Erstens lässt die Regierung von Oberbayern keinen Zweifel dran, dass sich die Stadträt*innen der Grünen, Rosa Liste und Volt zu einer Fraktion zusammenschließen dürfen. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste und Volt) – Deswegen sage ich den Kolleginnen und Kollegen meiner Fraktion: Willkommen bei Die Grünen – Rosa Liste – Volt! – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste und Volt) – Wir haben schon im Mai gesagt, dass das zulässig sei. Einige hatten noch Zweifel daran, aber diese Zweifel sind nun endgültig ausgeräumt.

Zweitens sagt die Regierung von Oberbayern zur Frage, wie mit den geschäftsordnungsmäßigen Folgen umzugehen sei, dass der Stadtrat einen gewissen Ermessensspielraum habe, aber nicht vollkommen frei sei, sondern nur im Rahmen „des verfassungsrechtlich geschützten Mandatsrechts“.

Drittens gibt die Regierung der Landeshauptstadt München einen deutlichen Hinweis, der so schön ist, dass ich ihn wörtlich zitiere:

„Sollte sich – auch mit Relevanz für künftige Fälle – eine Linie herausbilden, wonach neuen, nicht ausschusswirksamen Zusammenschlüssen von Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern die mit der Geschäftsordnung verknüpften Rechte von Fraktionen vorenthalten werden...“ – also der Fall, den wir jetzt haben – *„...steht aus unserer Sicht zu*

befürchten, dass dies künftig zu einem stärkeren politisch motivierten Umgang mit Fraktionsbildungen führen könnte. Je nach Mehrheitsverhältnissen im Stadtrat bestünde die Möglichkeit, einzelne Zusammenschlüsse durch die Verweigerung organisatorischer oder finanzieller Anerkennung zu entwerten. Eine solche Entwicklung könnte auch in künftigen Wahlperioden neue Konflikte eröffnen.“

Die Regierung von Oberbayern warnt den Stadtrat ausdrücklich davor, beim Umgang mit nichtausschusswirksamen Fraktionsgemeinschaften in politische Willkür zu verfallen. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste und Volt) – Der wunderschöne Schlussabsatz der Regierung ist etwas verklausuliert, daher übersetze ich ihn: Wenn man bedenkt, dass in weniger als einem Jahr neu gewählt wird, würden wir euch empfehlen, dass ihr es so macht, wie ihr es immer gemacht habt, bevor ihr euch noch irgendeinen Spreißel einzieht. Das ist die Empfehlung der Regierung an die Landeshauptstadt München und den Stadtrat. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste und Volt)

Die Regierung sagt auch: Ihr könnt theoretisch von eurer jahrzehntelang geübten demokratischen Praxis abweichen, aber wenn ihr keinen rechtlich sauberen Grund habt, solltet ihr es so wie immer machen. Diesen Teil der Stellungnahme hat das Direktorium in seiner Tischvorlage unter den Tisch fallen lassen. Er ist aber entscheidend für die Diskussion, weil die Regierung mit ihrer Empfehlung vollkommen recht hat. Die vom Direktorium gelieferte Begründung, warum Die Grünen – Rosa Liste – Volt anders behandelt werden sollen als alle früheren Fraktionen, hat mit rechtlichen Erwägungen nichts zu tun. Im Gegenteil ist zu erwägen, dass der Wille der Wählerinnen und Wähler abgebildet werden muss. Wenn wir die Wahlergebnisse der letzten Kommunalwahl zusammenrechnen, kommen Die Grünen, die Rosa Liste und Volt zusammen auf 31,9 %, CSU und FREIE WÄHLER auf 27,2 % der Stimmen. Das sind fast 5 % Unterschied. Es ist ganz klar, wer laut dem Willen der Wählerinnen und Wähler die stärkste Gruppierung im Stadtrat ist. Das muss sich geschäftsmäßig abbilden. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste und Volt)

Es ist keine rechtliche Entscheidung, die vorgeschlagen und von einer Mehrheit gefasst wird. Es ist eine politische Entscheidung mit dem großen Risiko willkürlich zu sein. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste und Volt) – Wenn der Stadtrat sich nicht diesem Risiko aussetzen will, kann es keinen freien Ermessensspielraum, sondern nur eine gebundene Entscheidung geben. Der Stadtrat könnte sich sonst rechtlich angreifbar machen.

Jetzt wechsele ich zum politischen Teil: Ich bin enttäuscht darüber, dass sich im gestrigen Vorgespräch der Fraktionen eine Mehrheit für diese Vorlage abgezeichnet hat. Warum? Das möchte ich

an einem Beispiel festmachen. Als sich damals die CSU mit den FREIEN WÄHLERN zusammengeschlossen haben, haben wir als Fraktion völlig unproblematisch die geschäftsordnungsmäßigen Folgen dieses Zusammenschlusses anerkannt. Jetzt wird Herr Pretzl gleich sagen, dies sei ein anders gelagerter Fall gewesen. Das mag sein, aber darum geht es mir nicht. Wir haben gar nicht erst versucht, die geschäftsordnungsmäßigen Folgen des Zusammenschlusses mir irgendwelchen Winkelzügen zu verhindern. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste und Volt) – Wir haben es bisher – ich betone bisher – für den kollegialen Umgang der demokratischen Fraktionen gehalten, dass nicht der Stadtrat entscheidet, mit wem ein Stadtratsmitglied zusammenarbeiten will. Das ist im Rahmen der Gesetze möglich. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste und Volt)

Daraus ergeben sich technische Folgen, wie die Ausstattung der Fraktionen, die Vertretungsreihenfolge des Oberbürgermeisters usw. Für uns war es immer selbstverständlich, dass auch hier der politisch geäußerte Wille der Wählerinnen und Wähler entsprechend dem Stärkeverhältnis abgebildet wird. Diese Selbstverständlichkeit gibt es ab heute nicht mehr. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste und Volt)

Manche sagen, uns störe es, dass es zwei OB-Kandidaten in einer Fraktion gebe: Felix Sproll und Dominik Krause. Das hat rechtlich keine Bedeutung. Die Regierung würdigt das nicht einmal mit einer Erwähnung. Es ist ein schönes Zeichen der Demokratie, dass man gut miteinander arbeiten kann, auch wenn man im Einzelfall mit einem anderen Oberbürgermeister gut leben könnte. Diesen Wunsch haben mehrere Parteien in dieser Stadt. Ich finde es seltsam, die geschäftsordnungsmäßigen Folgen abzulehnen, weil einem die Anzahl der OB-Kandidaten in einer Fraktion nicht passt. Das ist der erste Schritt zur Willkür. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste und Volt)

Vor dieser Willkür warnt die Regierung von Oberbayern. Wenn das ein Argument sein soll, kann man jede Begründung hernehmen, um etwas abzulehnen. Dann geht es zu wie an der Tür eines Clubs, wo es heißt: „Heute nur für Stammgäste“ oder „Mit diesen Schuhen nicht“. Das darf nicht das Niveau des demokratischen Teils im Münchner Stadtrat sein. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste und Volt)

Deswegen werbe ich für unseren Änderungsantrag. Für die Büroausstattung konnten wir gestern eine Lösung finden. Das ist die neue Beschlussziffer 2. Wir werden aus praktischen Gründen auf den Raumannspruch verzichten. Nicht weil wir glauben, dass er rechtlich nicht bestünde, sondern weil wir an einer pragmatischen Lösung interessiert sind. Deswegen machen wir hier keinen Änderungsvorschlag. Bei dem Rest folgen wir aus pragmatischen Erwägungen dem Vorschlag der

Regierung von Oberbayern, kein Risiko einzugehen. Der Münchner Stadtrat soll so vorgehen wie immer und gemäß dem Abstimmungsverhalten der Münchnerinnen und Münchner. Diejenigen, die auf eine konservative Stadtratsmehrheit hinarbeiten, dürften damit kein Problem haben. (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste und Volt)

StR Pretzl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich an meine Kinder erinnert gefühlt. Wenn sie nach einem Eis fragen und ich ihnen sage, vielleicht heute Abend, sagen sie am Abend, ich hätte es ihnen versprochen. Mir ist es ein Rätsel, wie man den Brief der Regierung von Oberbayern so interpretieren kann wie der Kollege Weisenburger. Es bleibt jedem selbst überlassen, wie Wunsch und Realität im Kopf zusammengehen.

Ich möchte mich auf ein paar nüchterne Fakten beschränken: Erstens gibt es kein jahrzehntlanges Vorgehen in einem vergleichbaren Fall, weil wir bisher nicht über ausschussunwirksame Fraktionsgemeinschaften gesprochen haben. Das ist so. Es gibt auch kein jahrzehntlanges Vorgehen, weil es in dieser Amtsperiode 2020 bis 2026 bayernweit diverse Gerichtsurteile gab. Außerdem gab es eine weitere Klage, die abgelehnt oder gar nicht erst angenommen wurde. Deswegen können wir bis zum Ende der Amtszeit unabhängig von diesen Gerichtsurteilen weitermachen.

Es wurde auf das Wahlergebnis rekurriert, aber die Menschen haben nicht die Fraktion Die Grünen – Rosa Liste – Volt gewählt, sondern sie haben entweder Die Grünen, die Rosa Liste oder Volt gewählt. Diese Parteien haben im Wahlkampf offensiv gegeneinander um Stimmen geworben. Deswegen ist es absurd, dass die Münchnerinnen und Münchner das so gewollt hätten. Kein Mensch weiß, ob ein Volt-Wähler wollte, dass Volt mit den Grünen oder der Rosa Liste eine Fraktionsgemeinschaft eingeht. Das gilt genauso für uns und die FREIEN WÄHLER. Wäre dieses Gerichtsurteile vorher gefällt worden, hätten wir das nicht gemacht.

In allen Gerichtsurteilen steht, es müsse eine Abkehr von politischen Positionen geben. Unseren Zusammenschluss mit den FREIEN WÄHLERN haben wir dokumentiert und gegenüber dem Direktorium nachgewiesen. Mir ist bisher keine einzige Abkehr einer politischen Position von Herrn Sproll von Volt bekannt, die zu dieser Fraktionsgemeinschaft führt. Nach gestrigem Kenntnisstand ist auch diesbezüglich nichts beim Direktorium eingereicht worden.

Jetzt kommen wir zu dem vielfach zitierten Schreiben der Regierung von Oberbayern (ROB). Es ist ein Widerspruch, zuerst zu sagen, laut ROB sei es eine Entscheidung des Stadtrats, und dann zu

sagen, es sei Willkür. Nein! Die ROB sagt ausdrücklich, es sei eine Frage der Kompetenz des Stadtrats. Das wurde gestern von der Rechtsabteilung ausgeführt. Sie können jetzt natürlich sagen, dass die Rechtsabteilung keine Ahnung hat, Herr Weisenburger.

Nach einer Neuwahl gibt es das Prinzip der Diskontinuität. Ein neuer Stadtrat kann sich jede neue Geschäftsordnung geben, die im Rahmen der Gesetze möglich ist. Das wissen Sie auch, Herr Weisenburger. Deswegen finde ich es fast unanständig, was Sie heute hier erzählt haben.

Nun komme ich zum Politischen: Für uns ist ganz klar, eine Fraktion ist ein Zusammenschluss von Menschen, die gemeinsam für ein politisches Ziel kämpfen. Eine Fraktion ist kein Zusammenschluss von Menschen, die zusammengehen und ihre Möglichkeiten bündeln, weil sie daraus Vorteile ziehen, aber den Wählern erzählen, sie konkurrierten gegeneinander. Felix Sproll möchte Oberbürgermeister der Stadt München werden. – (StR Sproll: Genau!) – Dominik Krause möchte das auch. Draußen kämpfen sie gegeneinander, aber weil es im Stadtrat bequemer ist, schließen sie sich zu einer Fraktion zusammen. – (BM Krause: So wie Ihr auch!)

Laut Regierung von Oberbayern ist es eine politische Entscheidung. Wir machen Gebrauch von unserer Entscheidungskompetenz. Ich wüsste nicht, dass ein Mitglied der FREIEN WÄHLER als Oberbürgermeisterkandidat gegen Clemens Baumgärtner antritt, sonst hätten wir diese Fraktionsgemeinschaft sofort beendet. Denn es passt nicht in unser politisches Weltbild, dass zwei Personen den Menschen erzählen, sie konkurrierten um ihre Stimmen und seien jeweils der bessere Oberbürgermeister, aber im Stadtrat auf Kuschelkurs gehen. Vielen Dank! – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER)

StR Prof. Dr. Hoffmann:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Der Begriff der Diskontinuität passt hier nicht, denn er trifft auf ein Kollegialorgan in der Verwaltung nicht zu. Wir können uns in jeder Sitzung eine neue Geschäftsordnung geben, das ist nicht dem neuen Stadtrat vorbehalten. Diskontinuität bedeutet, dass Gesetzentwürfe nicht weiterverfolgt werden. Vielleicht habt Ihr schon einmal mitbekommen, dass teilweise Anträge von bereits verstorbenen Stadträten von 2004 beantwortet werden. Das zeigt ganz klar, dass hier Kontinuität und nicht Diskontinuität herrscht. Das ist an dieser Stelle der falsche juristische Ausdruck. – (Unruhe – Zwischenrufe)

Es gibt zwei Ebenen, die wir trennen müssen: eine juristische und eine politische Ebene. Auf der juristischen Ebene gibt es die neuen Urteile, die ganz klar sagen, dass die Gemeindeordnung eine

Ausschusswirksamkeit nur für sogenannte Ausschussgemeinschaften vorsieht. Ausschussgemeinschaften gibt es nur dann, wenn sich Stadträtinnen und Stadträte zusammenschließen, die noch keinen Sitz im Ausschuss haben, und auch nur dann, wenn sie anderen den ersten Sitz, den diese selbst erzielt haben, nicht wegnehmen. Es gibt dafür also relativ enge Grenzen. Die Urteile sagen auch, dass Zusammenschlüsse von größeren Fraktionen, die schon Sitze haben, mit kleineren Fraktionen nicht mehr ausschusswirksam sind. Das war bei Die Grünen – Rosa Liste jahrzehntelange Übung und hat in dieser Amtsperiode auch bei allen anderen Fraktionen stattgefunden.

Nun komme ich zur politischen Ebene. Welche Zusammenschlüsse über die Ausschussgemeinschaften hinaus ausstattungswirksam zugelassen werden, d. h. bei der Zuteilung von Räumen, Mitarbeitern, Sachmitteln etc., liegt ausschließlich in der Kompetenz des Stadtrats. Der Stadtrat kann, wie bisher üblich, Fraktionsgemeinschaften zulassen, sodass kleinere Parteien zusammenarbeiten können und eine gemeinsame Ausstattung haben. Diese Zusammenschlüsse sind aber nicht ausschusswirksam, außer sie könnten nach der Gemeindeordnung ohnehin eine Ausschussgemeinschaft bilden, dann wäre so eine Fraktion hilfsweise als Ausschussgemeinschaft anzuerkennen. Es ist allein unsere Entscheidung, was wir zulassen wollen und was nicht. Und es wird auch nach der nächsten Wahl allein unsere Entscheidung sein.

Der Ältestenrat ist kein Ausschuss im Sinne der Gemeindeordnung, deshalb fällt auch er unter diese freie Entscheidung. Bisher haben wir Zusammenschlüsse bei der Zusammensetzung des Ältestenrats berücksichtigt. Aber am Ende der Amtsperiode wollen Sie plötzlich davon abweichen – aus welchen politischen Gründen auch immer. – (Beifall von FDP BAYERNPARTEI und Die Grünen – Rosa Liste) – Es muss klar sein, dass dies eine politische Entscheidung ist – ohne das werten zu wollen. Wenn die Mehrheit das will, kann sie es so machen, aber nach der nächsten Wahl werden wir wieder vor dieser Frage stehen. Wir alle – sowohl die kleinen als auch die großen Fraktionen – haben bewiesen, dass die bisherige Praxis ein Segen für die Arbeit im Stadtrat war. – (Beifall von FDP BAYERNPARTEI und Die Grünen – Rosa Liste)

Wenn wir lauter freie Einzelkämpfer gehabt hätten, z. B. Richard Progl, Dirk Höpner oder jetzt Nikolaus Gradl – wir müssen mal schauen, wie wir Dich noch unterbringen – (Heiterkeit) –, hätte das nicht zu einer besseren politischen Zusammenarbeit geführt. Die manchmal kontroversen Diskussionen mit Richard Progl führen wir in der Fraktion und tragen sie nicht in die Ausschüsse und die Vollversammlung hinein. So machen das auch alle anderen Fraktionen. Das sollten wir nicht aufkündigen. – (Beifall von FDP BAYERNPARTEI und Die Grünen – Rosa Liste)

Ich meine, in der Beschlussvorlage Bestrebungen zu erkennen, für die Zeit nach der nächsten Wahl vorzubauen, um den kleinen Fraktionen ihre Räume, ihre Ausstattung etc. wegzunehmen. – (Unruhe – Zwischenrufe) – Na ja, das geht schon in diese Richtung. Wehret den Anfängen! Wenn dem so sein sollte, macht Ihr Euch, CSU und SPD, das Leben schwer, auch in der nächsten Amtsperiode. – (Beifall von FDP BAYERNPARTEI und Die Grünen – Rosa Liste) – Deshalb plädiere ich dafür, es jetzt und auch nach der nächsten Wahl weiter so zu handhaben wie bisher. Auf die Ausstattungswirksamkeit haben wir uns als Kompromiss bereits geeinigt, aber wir unterstützen auch den Änderungsantrag von Die Grünen – Rosa Liste, der eine Berücksichtigung bei der Besetzung des Ältestenrats und bei der Reihenfolge der Oberbürgermeistervertretung fordert. Das ist konsequent. Vielen Dank! – (Beifall von FDP BAYERNPARTEI und Die Grünen – Rosa Liste)

StR Ruff:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Uns beschäftigen heute zum wiederholten Male zwei Urteile, die in den Fraktionen sehr viel Unsicherheit, ja zum Teil Panik ausgelöst haben. Ausschussgemeinschaften sind nur noch erlaubt, wenn sie nicht mehr für den ersten Sitz in einem Ausschuss dienen. Damit trifft es erst einmal die großen Fraktionen. Die kleinen Fraktionen können sich immer zu Ausschussgemeinschaften zusammenschließen, um den ersten Sitz im Ausschuss zu besetzen – es sei denn, das ginge zulasten einer größeren Gruppierung, aber das sind Sonderfälle. In den meisten Fällen trifft es die großen Fraktionen, die kleinen kann es treffen.

Wir haben das zweite Urteil zu den Fraktionsgemeinschaften gelesen ... – (Zwischenruf von StRin Dr. Menges – Unruhe) – Bitte, Evelyne, bei Zwischenrufen von der Seite ist es schwierig zu sprechen. Für uns alle ist es schwierig, dieses Urteil zu lesen, denn wir bekommen – Manuel hat es gesagt – als Partei den Auftrag, Politik zu machen, und nicht als Zusammenschluss. Aber ein klassischer ÖDP-Wähler wird von uns erwarten, dass wir in diesem Stadtrat unsere Politik bestmöglich umsetzen. Und das schaffen wir mit Dirk Höpner mit Abstand am besten. Es wäre unsinnig, nicht mit ihm zusammenzuarbeiten. Genauso unsinnig wäre es für die Grünen, nicht mit Herrn Niederbühl zusammenzuarbeiten, denn mit ihm können sie ihre Politik am besten umsetzen. Das ist Wählerwille, klipp und klar! – (Beifall von ÖDP/München-Liste und Die Grünen – Rosa Liste) – So ist es auch bei den anderen Fraktionsgemeinschaften. Das Urteil ist weit weg von der politischen Praxis.

Ich bin froh, dass nach langen Diskussionen und mehreren Sitzungen im Hintergrund ein Kompromiss gefunden wurde und wir es geschafft haben, die langjährig geübte Praxis beizubehalten, kleinere Gruppierungen bestmöglich einzubinden. Davon profitieren nicht nur die kleinen, sondern

auch die großen Fraktionen. Die kleinen Fraktionen stimmen dem zu, obwohl wir wissen, dass zunächst einmal die großen Fraktionen die Hauptleidtragenden dieser beiden Urteile sind. Warum? Weil wir immer wieder die Erfahrung gemacht haben, dass es in der Politik Ränkespiele gibt und jeder darauf hinarbeitet, die eigene Position zu stärken. Das gefällt uns nicht, darunter leiden wir des Öfteren. In diesem Fall leiden wir weniger darunter als die großen Fraktionen, aber wir haben dafür Verständnis, und deshalb werden wir die Beschlussvorlage mittragen.

Zu klären bleiben jetzt noch die Besetzung des Ältestenrats und die Reihenfolge der Oberbürgermeistervertretung. Die lange Diskussion darüber, ob nun die CSU oder die Grünen bei der Vertretung des Oberbürgermeisters an erster Stelle stehen, ist nicht zu vermitteln. – (Beifall von ÖDP/München-Liste und SPD) – Gerade, weil für viele Termine nur schwer eine Vertretung gefunden werden kann. Lassen wir es also gut sein und demonstrieren nach außen, dass wir im Stadtrat geschlossen zusammenarbeiten und es schaffen, den Bürokratieaufwand zu senken, indem einzelne Stadträte, in diesem Fall Herr Sproll, ohne zusätzliches Abrechnungssystem und ohne zusätzliche Personalverwaltung in eine große Fraktion integriert werden! Das spart Ressourcen und Reibungsverluste. Demonstrieren wir das im letzten Jahr unserer Amtsperiode! Hoffentlich machen wir nächstes Jahr so weiter! Niemand weiß, wer nach der Wahl von diesen Regelungen profitieren und wer darunter leiden wird. Deswegen wäre es gut, wenn wir uns zusammenraufen. – (Beifall von ÖDP/München-Liste und SPD)

StR Jagel:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal bin ich froh, dass ich kein Jurist bin, denn so kann ich juristische Debatten mit einer gewissen Gelassenheit verfolgen. Aber ich möchte darauf hinweisen, dass dies keine juristische Debatte ist. Es ist eine Frage des politischen Mehrheitswillens. Die Regierung von Oberbayern hat eindeutig dargelegt, dass die Entscheidung in der Eigenkompetenz des Stadtrats liegt.

Wir diskutieren jetzt schon eine halbe Stunde über dieses Thema. Ich würde mir manchmal wünschen, dass manches sozialpolitische Thema so lange diskutiert würde. Wir befinden uns in einer Haushaltslage, in der wir nicht wissen, was mit der Finanzierung von Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen passiert. Draußen versteht keiner, dass wir so lange darüber diskutieren, ob die Grünen die erste oder zweite Oberbürgermeistervertretung haben. Es ist absurd! Tobi hat darauf hingewiesen: Manche Termine werden sowieso nicht besetzt. Ich kann nicht nachvollziehen, dass wir so viel Zeit und Energie in dieses Thema gesteckt haben, obwohl es wirklich viel wichtigere

Themen in unserer Stadt gibt, die wir besprechen müssen. – (Beifall von DIE LINKE./Die PARTEI und SPD)

StR Sproll:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Menschen, die uns im Livestream zuschauen! Stefan Jagel hat gesagt, es sei draußen schwer nachvollziehbar, warum wir über dieses Thema so lange streiten. Da gebe ich Dir recht. Deswegen ist es wichtig, dass wir erklären, warum wir so lange darüber diskutieren. Es geht um demokratische Grundsätze. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste) – Es geht darum, wie unsere Demokratie funktionieren soll, wie die Zusammenarbeit zwischen den demokratischen Parteien ablaufen soll und was in der Demokratie üblich ist und was nicht.

Die Fraktionsgemeinschaft aus Die Grünen – Rosa Liste und Volt hat bei der letzten Kommunalwahl 31,9 % der Stimmen geholt. Die Menschen haben unsere Parteien gewählt, weil sie möchten, dass wir unsere politischen Ziele erreichen. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste – StR Jagel: Aber sie haben keine Fraktionsgemeinschaft gewählt! – Unruhe) – Nicht nur in München, sondern auch in den Bundesländern, in der Bundesrepublik und auf europäischer Ebene ist es üblich, dass sich Parteien mit Partnern und Partnerinnen zusammentun, um die eigenen politischen Ziele bestmöglich gemeinsam zu erreichen. In einer Demokratie ist es vollkommen normal, dass sich unterschiedliche Parteien zusammenschließen. Dies nennt sich auf Bundesebene Koalition. – (StRin Dr. Menges: Aber das ist keine Fraktionsgemeinschaft! – Unruhe) – Ich kenne auch eine Fraktionsgemeinschaft im Bund: die zwischen CSU und CDU. Das sind zwei unterschiedliche Parteien. Im Europaparlament gibt es noch andere Zusammenschlüsse. Die CSU sitzt dort in einer Fraktion mit der ÖDP. Trotzdem haben sie teilweise unterschiedliche Meinungen und können diese vertreten, das scheint kein Problem zu sein. – (Unruhe – Beifall von Die Grünen – Rosa Liste)

Mir drängt sich der Eindruck auf, dass Sie versuchen, ein Problem aufzumachen, das keines ist, nur weil es Ihnen politisch gerade passt. Das ist Willkür! – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste) – Wir können mit unserer Demokratie nicht umgehen, wie es uns beliebt. – (Unruhe) – Der Kollege Manuel Pretzl hat sich in seiner Rede die ganze Zeit widersprochen. Auf der einen Seite geht es nicht, dass wir zwei so unterschiedliche Parteien sind und zwei Oberbürgermeisterkandidaten in einer Fraktion haben. Auf der anderen Seite sind wir uns viel zu ähnlich, wenn ich nicht von meinen Positionen abrücke. Also was jetzt? Sind wir uns zu ähnlich oder sind wir zu unterschiedlich, um zusammenzuarbeiten? Das habe ich wirklich nicht verstanden. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste)

Es wird immer wieder versucht, rechtliche Bedenken zu streuen, die überhaupt nichts mit der Debatte zu tun haben. Es geht nicht um eine ausschusswirksame Fraktionsgemeinschaft. Eine solche hat niemand beantragt. Diese Fraktionsgemeinschaft ist – auch wenn in der Beschlussvorlage der letzten Vollversammlung versucht wurde, sie zu verhindern – rechtlich zu 100 % so möglich, wie wir das möchten. Das gilt es zu akzeptieren. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste)

Mir erschließt sich nicht, warum jetzt immer noch versucht wird, uns in der Ausübung unserer demokratischen Rechte zu beschneiden. Es erschließt sich mir auch nicht, warum unser Oberbürgermeister bei diesem Thema noch nie das Gespräch gesucht, sondern immer die Verwaltung vorge-schickt hat. Das wundert mich, denn es geht um elementare Grundsätze der demokratischen Zusammenarbeit. Manchmal habe ich fast den Eindruck, dass es manchen einfach wurscht ist, wie wir miteinander umgehen und ob kleine Parteien benachteiligt werden.

In der Vorlage heißt es, jetzt machen wir es so, aber das nächste Mal können wir es auch ganz anders machen. Der Hinweis der Regierung von Oberbayern ist offensichtlich beim Oberbürgermeister angekommen, denn er hat sich genötigt gefühlt, darauf hinzuweisen, dass der heutige Beschluss keine Präzedenzwirkung für die Zukunft habe. Aber der Fall, über den wir heute sprechen, wird in Zukunft der Regelfall sein! Nicht ausschusswirksame Fraktionsgemeinschaften werden die Regel sein, und zwar immer dann, wenn es mathematisch nicht aufgeht, dass sich zwei oder drei kleine Fraktionen zu einer Ausschussgemeinschaft zusammenschließen. Was ist dann mit den restlichen Stadtratsmitgliedern? Was ist, wenn z. B. zwei Leute von der Linkspartei niemanden zum Zusammenschließen finden? Haben die einfach Pech gehabt? – (Unruhe) – Oder dürfen sie sich gnadenhalber einer großen Fraktion anschließen, aber haben eine schlechtere Ausstattung? Das entspricht nicht meinem Verständnis von Demokratie! – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste – StR Jagel: Das steht auch nicht in der Vorlage!)

Wenn man jetzt schon einsieht, dass es beim nächsten Mal eventuell anders geregelt werden muss, dann drängt sich mir der Eindruck auf, dass hier eine Regelung gefunden werden soll, die zum Nachteil einer Fraktion ist und zum Vorteil einer anderen. Jeder kann sich selbst überlegen, warum man der CSU acht Monate vor der Wahl ein Geschenk machen möchte – zulasten der Grünen und mit mir als Kollateralschaden. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste)

Es stellt sich auch die Frage, wie man zusammenarbeiten und miteinander umgehen will. Heute zeigt sich wieder deutlich, dass zwei Parteien den kleinen Parteien das Leben schwer machen

möchten und ihnen das Mehrparteiensystem ein Dorn im Auge ist. Das nervt! Das passt auch zu den immer wiederkehrenden Versuchen, bei Wahlen Prozenzhürden einzuführen. Das wurde bei der Europawahl mehrmals versucht, aber vom Verfassungsgericht gekippt. Es wurde zuletzt auch bei Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen über den Umweg eines Sitzbesetzungsverfahrens versucht, aber im Mai dieses Jahres vom Verfassungsgericht in Nordrhein-Westfalen gekippt. Zum Glück haben wir in unserer Demokratie – wie auch in vielen anderen Ländern – ein Mehrparteiensystem, Meinungspluralität und einen politischen Wettbewerb um die besten Ideen. Wir sollten diesen Wettbewerb austragen und nicht versuchen, uns mit Geschäftsordnungstricks Vorteile zu verschaffen. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste)

Angesichts der Debatte in den letzten zwei Monaten frage ich mich immer wieder: Warum tue ich mir das eigentlich an? – (Heiterkeit – Beifall) – Ich bin seit gut fünf Jahren Mitglied in diesem Stadtrat und will ganz ehrlich sein: Ich bin ganz schön desillusioniert! Mit Ihrem Verhalten tragen Sie nicht dazu bei, junge Menschen zu motivieren, sich in demokratischen Parteien politisch zu engagieren. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste – Unruhe) – Ich bin das zweitjüngste Mitglied in diesem Gremium, aber jetzt schon so lange dabei, dass ich die unzähligen Zwischenrufe, die von allen Seiten auf mich einprasseln, einigermaßen ignorieren kann. – (StR Jagel: Wir wollten Dich nicht mobben!) – Aber auch das ist nicht unbedingt eine schöne Gepflogenheit.

Wir brauchen Menschen, die Lust haben, sich zu engagieren und sich für ihre Stadt, ihr Land oder die EU politisch einzusetzen. Gerade Menschen, die Politik nicht als Karriere betrachten, sondern als Möglichkeit, der Gesellschaft etwas zurückzugeben, schrecken Sie mit einem solchen Verhalten ab. Das ist bedauerlich! Darüber können Sie sich lustig machen oder nicht – für mich ist das eine ernste Sache. Ich bin nicht in eine große, etablierte Partei eingetreten und habe mich nicht in der Jugendorganisation hochgearbeitet, habe nicht immer das gemacht, was die da oben mir gesagt haben, habe nicht immer brav nach den Regeln gespielt, um irgendwann einmal etwas werden zu können, sondern ich habe mich für den schwierigeren Weg entschieden. Ich hatte einen guten Job und ein schönes Leben. Ein Leben ohne Politik kann sehr bereichernd sein! Man hat viel Freizeit und weniger Stress, ist weniger Anfeindungen ausgesetzt, bekommt keine Drohungen und verdient auch noch mehr Geld. – (Unruhe – Zwischenrufe – Ordnungsruf des Oberbürgermeisters)

Es ist bedauerlich, dass Sie sich lustig darüber machen, wenn ich über die Belastung spreche, sich als ehrenamtlicher Stadtrat zu engagieren. Wir alle können bestätigen, dass es anstrengend ist und Energie und Zeit kostet. Wir sollten für jede einzelne Person jeder demokratischen Partei

dankbar sein, die dazu bereit ist. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste) – Sich darüber lustig zu machen, finde ich unanständig. – (StR Jagel: Jetzt wissen wir, warum Du nicht mehr kandidieren willst. Könntest Du zum Schluss kommen?) – Ich mache jetzt einfach weiter!

Offensichtlich haben manche das Bedürfnis, mich loszuwerden. Das finde ich interessant. Man sollte sich immer vorher überlegen, was man sich wünscht. Aber ganz ehrlich: Ihr Verhalten zeigt mir auch, dass ich noch nicht fertig bin, sondern dass es mich und Volt offensichtlich noch braucht, und zwar nicht nur, weil wir bei den Sachthemen unterschiedlicher Meinung sind, sondern weil es auch darum geht, Politik so zu machen, dass sie wieder ansprechend ist und Menschen Lust haben, sich politisch zu engagieren und sich für eine Verbesserung unserer Gesellschaft einzusetzen. Dafür brauchen Sie mich offensichtlich, denn so wie Sie heute hier auftreten, traue ich es Ihnen nicht zu. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste)

Wenn wir uns darauf besinnen, weshalb wir hier sind, dann ist es vollkommen selbstverständlich, dass die Parteien, die gemeinsam die stärkste Kraft bilden, auch geschäftsordnungsmäßig die stärkste Kraft sein sollten. Alles andere ist nicht vermittelbar. Wenn Sie heute die Entscheidung treffen sollten, dass CSU mit FREIE WÄHLER in der Geschäftsordnung Vorteile genießen, obwohl sie 2020 ein schlechteres Wahlergebnis hatten als die Fraktion aus Die Grünen – Rosa Liste und Volt, dann ist das nicht nachvollziehbar. Vielen Dank! – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste)

StRin Hübner:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Dass eine Partei, die 2020 als Wahlergebnis genau einen Stadtratssitz errungen hat, so ausführlich ihre Argumente darlegen konnte, zeigt, wie demokratisch dieses Gremium ist und wie viele Möglichkeiten zur Entfaltung auch die kleinen Parteien haben. – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER und SPD)

Ich habe zuerst vom Kollegen Weisenburger und dann vom Kollegen Sproll gehört, dass die Parteien Die Grünen, Rosa Liste und Volt bei der letzten Kommunalwahl zusammen 31,9 % der Wählerstimmen errungen haben. Da stellt sich mir die Frage: War auch dem Wähler bewusst, dass da drei Tarnlisten zum Einsatz kamen bzw. die Personen auf unterschiedlichen Listen kandidiert haben, um sich dann 2025 zusammenzuschließen und zu reklamieren, dass dieses Vorgehen immer so intendiert war? Dieses Argument kann ich nicht nachvollziehen.

Als wir hier das letzte Mal gezählt haben, hatten sowohl Die Grünen als auch die CSU jeweils 22 Stadträtinnen und Stadträte, bei beiden kam damals jeweils noch ein einzelner Stadtrat dazu. Als die Reihenfolge im Ältestenrat ausgelost wurde, war das Losglück aufseiten der CSU.

Es ist für mich intellektuell überhaupt nicht nachvollziehbar, dass ein demokratisches Defizit reklamiert wird, weil wir nach dem neuen Zusammenschluss die Reihenfolge im Ältestenrat nicht neu auslosen. Wie Ihr das Schreiben der Regierung von Oberbayern auseinandergenommen habt, um es zu Euren Gunsten auszulegen, lieber Sebastian, ist für mich auch nicht nachvollziehbar. Denn im Schreiben steht, dass der Stadtrat in dieser Frage frei entscheiden kann. Ja, der letzte Absatz sagt, dass es von Nachteil wäre, wenn wir eine zulässige Fraktion bei ihren finanziellen und organisatorischen Rechten benachteiligen. Das machen wir aber nicht. – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER)

Im Antrag des Referenten steht ganz deutlich, dass die Grünen das Personal und die finanzielle Ausstattung bekommen. – (StRin Fuchs: Mittlerweile!) – Entschuldigung: Es gibt genau eine Beschlussvorlage, die verteilt wurde, und sie entspricht genau dem, was die Regierung geschrieben hat.

Wenn ein Zusammenschluss nach geltender Rechtsprechung nicht ausschusswirksam ist und keinen Einfluss auf die Sitzverteilung in Ausschüssen hat, verstehe ich nicht, warum Ihr es als Euer absolutes Recht bezeichnet, dass dieser Zusammenschluss plötzlich im Ältestenrat und bei der Reihenfolge in der Vertretung des Oberbürgermeisters zählen muss. Ich kann den intellektuellen Sprung, den Ihr da macht, einfach nicht nachvollziehen. Wenn Ihr Euch als nicht ausschusswirksamen Zusammenschluss bezeichnet, dann sollte dieser auch keinen Einfluss auf die Kräfteverhältnisse im Stadtrat haben. Das entspricht der Rechtsprechung.

Ich möchte noch einen Punkt zu den kleineren Fraktionen im Stadtrat ansprechen: Auch wenn in der Beschlussvorlage steht, dass dieser Beschluss noch keine Präzedenzwirkung für die nächste Amtszeit entfaltet, sollten wir in diese Richtung weiterdenken. Wir sind sehr gut damit gefahren, dass wir den Kleineren die Möglichkeit gegeben haben, in sinnvollen Konstellationen zusammenzuarbeiten, an den Ausschüssen mitzuwirken und die entsprechende personelle und finanzielle Ausstattung zu erhalten, um sich vernünftig einbringen zu können.

Wir sollten auch in der nächsten Amtszeit trotz der schwierigeren Rechtslage ein solches Modell in unserer Geschäftsordnung ermöglichen. Aber darum geht es im Moment gar nicht. Hier geht es um

die Frage, ob sich beliebig viele Parteien zusammenschließen können, um dann die größte Fraktion zu sein. Diese Frage haben Die Grünen – Rosa Liste – Volt hier aufgeworfen. Das war weder von der Geschäftsordnung noch vom Wählerwillen oder der Demokratie jemals beabsichtigt.

Ich ende mit einem Vorschlag: Wenn Ihr sagt, Ihr seid das letzte Mal mehr oder weniger gemeinsam in dieser Schicksalsgemeinschaft gewählt worden, dann tretet doch auch bei der kommenden Wahl als Die Grünen – Rosa Liste – Volt an. Felix überredet Dominik, seine Kandidatur zurückzuziehen. Dann wünsche ich Euch ganz viel Erfolg bei der Kommunalwahl! – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER und SPD)

StR Weisenburger:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen, die Argumente sind zwar weitgehend ausgetauscht, aber ich möchte noch auf einige Äußerungen von Herrn Pretzl und Frau Hübner eingehen.

Ich sage, was ich auch bei der Diskussion über die Paketposthalle gesagt habe: Natürlich weiß ich es nicht besser als die Rechtsabteilung. Aber es gibt außerhalb der Rechtsabteilung auch noch andere Juristinnen und Juristen, die eine andere Meinung haben. Sowohl unser Rechtsanwalt hat dazu eine andere Meinung als auch die Regierung von Oberbayern, die in ihrem Schreiben ganz klar von einer Relevanz für künftige Fälle spricht. So viel zum Thema Diskontinuität. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste) – Wer dann am Ende die besseren Juristen hat – die Rechtsabteilung, die Regierung oder wir –, kann ich nicht beurteilen. Die Vergangenheit zeigt: mal so, mal so.

Eine Abkehr von politischen Positionen wurde und wird von der Regierung nicht gefordert, weil es um eine nicht ausschusswirksame Fraktionsgemeinschaft geht. Das muss man zur Kenntnis nehmen. Frau Hübner hat recht, wenn sie sagt, dass auch die Redezeit in diesem Haus einem gewissen politischen Usus folgt. Wir sind uns vermutlich einig: Thomas Lechner redet von uns allen am längsten. Thomas Lechner ist aber nicht in der stärksten Fraktion.

Würden wir es handhaben wie der Bundestag oder der Landtag, dann würden wir die Redezeit nach Fraktionsgröße verteilen. Das könnten wir geschäftsordnungsmäßig per Mehrheit entscheiden, aber politisch fände ich eine solche Regelung für den Münchner Stadtrat nicht richtig. Um diesen Punkt geht es hier. Das muss auch DIE LINKE. zur Kenntnis nehmen.

Die Kollegin Hübner hat ebenso recht mit ihrer Äußerung, es gebe kein absolutes Recht auf diese oder andere Entscheidungen. Das haben wir auch nie behauptet. Eine rechtlich verbindliche

Entscheidung kann nur ein Gericht treffen und wir sind kein Gericht. Wir sind ein politisches Gremium. Ich habe dargestellt, was rechtlich und vor allem politisch dafürspricht, der Empfehlung der Regierung von Oberbayern zu folgen. Wenn sich in diesem Haus eine Mehrheit politisch anders entscheidet, dann finde ich das falsch.

Damit komme ich zu Herrn Pretzls Begründung, warum sich die Mehrheit so entscheidet. Da war das Kinderbeispiel ausschlaggebend. Wenn Sie glauben, dass Sie der Papa sind und wir die Kinder, dann sagt das viel über die Zusammenarbeit aus, die Sie anstreben. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste) – Wenn Sie bei der Frage, ob Ihre Kinder abends ein Eis bekommen, keine sachlichen Argumente haben, sondern jeweils nach Ihrer Laune entscheiden, dann ist das was? Eine Willkürentscheidung! – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste)

– BMin Dietl übernimmt den Vorsitz. –

StR Pretzl:

Ich verstehe, dass sich der eigene Bürgermeister das nicht mehr anhören konnte. Aber lassen wir den Kollegen Weisenburger, wie er ist.

Herr Kollege Sproll, ich kann verstehen, dass man sich über etwas politisch ärgert. Das passiert mir auch. Was hier zum Teil gesagt worden ist, wird diesem Haus, den Stadtratsmitgliedern und unserer Zusammenarbeit in keiner Weise gerecht. – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER, SPD und FDP BAYERNPARTEI)

Ich wende mich an die Sitzungsleitung, weil hier jemand unwidersprochen sagt: „Man will mich loswerden, ich werde kämpfen, und man braucht mich hier!“ Bei aller Liebe: Niemand will hier irgendjemanden loswerden. Wir befinden uns in einem demokratischen Austausch der Parteien. – (Zwischenruf von StR Sproll)

Lieber Kollege Sproll, Sie haben sich gerade über Zwischenrufe aufgeregt und gesagt, wie unsäglich diese seien. Sie dürfen dazwischenrufen und ich halte es aus. Zwischenrufe sind nämlich auch ein demokratisches Element. Man darf nicht Dinge für sich in Anspruch nehmen, die man den anderen nicht zugesteht, Herr Kollege Sproll. Aber Sie dürfen dazwischenrufen, denn für mich sind Zwischenrufe ein Merkmal der Demokratie. Ich fühle mich dadurch nicht beleidigt und sage nicht: „Wir vergrätzen dadurch die Jugend. Ich halte es hier nicht mehr aus. Mein Leben war schön, bevor ich Stadtrat geworden bin.“ – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER und SPD)

Man muss sich auf der Zunge zergehen lassen, was hier geäußert worden ist. Jeder muss selbst wissen, was er sagt. Ich möchte nur auf den ersten Punkt eingehen: Niemand will hier einen demokratisch gewählten Vertreter einer demokratischen Partei loswerden. Das lasse ich mir von niemandem unterstellen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir sind hier, weil wir unterschiedlichen Parteien angehören und um unterschiedliche Vorstellungen ringen. – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER und SPD)

Zweitens stellt hier niemand das Mehrparteiensystem infrage, nur weil wir über die Reihenfolge im Ältestenrat diskutieren. Das ist eine vollkommen überzogene und durch nichts gerechtfertigte Anmaßung in dieser politischen Debatte. – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER und SPD) – Es stellt auch niemand die Demokratie infrage, wenn wir an dieser Stelle unterschiedliche Meinungen haben. Genau das macht Demokratie aus: auszuhalten, dass es Menschen gibt, die etwas anders sehen, lieber Kollege Sproll.

Sie haben gesagt, man müsse so handeln, dass man den Willen seiner Wähler am besten vertrete. Da frage ich mich, warum Sie fünf Jahre gebraucht haben, um festzustellen, dass das bei den Grünen besser geht. Neun Monate vor einer Wahl. – (Heiterkeit – StRin Fuchs: Er hat versucht, loyal zu sein!) – Das muss man den eigenen Wählern auch erklären, dass man ihre Interessen fünf Jahre lang schlecht vertreten hat und nach dieser Zeit auf die Idee kommt, es gehe woanders besser.

Ich wollte mich heute jeder Polemik enthalten, was relativ schwierig ist. Der ursprüngliche Anlass für meine Wortmeldung, lieber Kollege Prof. Dr. Hoffmann, war der Beitrag der FDP. Ich möchte für meine Fraktion, die momentan aus CSU und FREIE WÄHLERN besteht, deutlich sagen: Uns ist der Schutz der Minderheiten, der kleinen Parteien, die aufgrund von Rundungsdifferenzen und Wahlergebnissen unter Umständen beim nächsten Mal Nachteile haben könnten, sehr wichtig. Es weiß noch niemand, wie das Wahlergebnis ausfallen wird.

Ich sehe es wie der Kollege Prof. Dr. Hoffmann: Zusammenschlüsse, in denen kleine Parteien mit einer vernünftigen personellen, räumlichen und finanziellen Ausstattung kooperieren können, sind für unser Zusammenwirken extrem wichtig, wie auch immer die Regelungen in der nächsten Amtsperiode gestaltet sein werden.

Die unterschwellige Behauptung, dieser Beschluss würde die Abschaffung von etwas vorbereiten, was hier seit Jahren Konsens ist, möchte ich für unsere Fraktion mit aller Deutlichkeit zurückweisen. Wir alle stehen ausdrücklich dazu, dass wir diese Regelung so weiterführen. Ich gehe davon aus, dass auch die Kolleginnen und Kollegen, die nach 2026 die CSU und die FREIEN WÄHLER im Rathaus vertreten, das genauso sehen werden.

Diese Aussage mache ich gegenüber allen Fraktionsspitzen und allen Mitgliedern der kleinen Parteien. Ich finde es in höchster Weise politisch unanständig, wider besseres Wissen zu suggerieren, wir würden etwas anderes wollen. – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER und SPD)

StR Stanke:

Frau Bürgermeisterin, meine Damen und Herren, ein paar Anmerkungen zu dem Gesagten: Herr Pretzl hat das Stichwort Minderheiten genannt. Herr Sproll, Sie haben die Möglichkeit erwähnt, dass es in der nächsten Legislaturperiode beispielsweise nur noch zwei Stadträte von DIE LINKE geben könnte und diese dann eventuell leer ausgehen würden, was unfair und nicht gerecht wäre.

Da möchte ich Sie alle daran erinnern, was hier seit fünf Jahren passiert: Wir drei Stadträte der AfD werden vollumfänglich ausgegrenzt, was anscheinend niemanden stört. So viel zu den Themen Demokratie und Meinungsfreiheit, die Sie alle hier immer so hochhalten.

StR Sproll:

Offensichtlich haben wir alle heute viel darüber gelernt, was unanständig ist. Das ist ganz spannend. Lieber Manuel Pretzl, als Zwischenruf kam vorhin von drüben: „Dann hör doch auf!“. Meine Entgegnung bezog sich darauf, ob solch ein Zwischenruf toll oder schön ist. Ob er sich gehört oder nicht – das überlasse ich jetzt Deiner Einschätzung. Ich wollte noch einmal klarstellen, was da gesagt worden ist. Dann können alle Zuhörenden daraus ihre Schlüsse ziehen.

Ich habe nicht gesagt, dass es keine Zwischenrufe geben soll. Ich weiß, dass sie dazugehören, das ist in Ordnung. Man kann auch darauf reagieren. Aber es gibt bei den Zwischenrufen unterschiedliche Abstufungen. Manchmal tragen sie etwas Erhellendes zur Debatte bei, manchmal dienen sie aber auch nur dazu, die redende Person anzugreifen und ihr das Leben schwerzumachen.

Vielleicht machen wir zuerst die CSU fertig, bevor ich zur SPD komme. – (Heiterkeit) – Ich meine, arbeiten wir das Thema zuerst ab. Wenn es darum geht, was Wähler*innen wollen, bitte ich Sie, sich an die Wähler*innen zu wenden, die Sie bei der letzten Bundestagswahl in dem Glauben

gewählt haben, dass es mit Ihnen keine neuen Schulden gebe. Diese Debatte müssen wir hier nicht bis in alle Ewigkeit führen. Unabhängig davon, dass ich die neuen Schulden richtig finde, haben Sie das genaue Gegenteil von dem getan, was Sie versprochen haben.

Liebe Anne, manches wurde heute als unanständig bezeichnet. Hier von Tarnlisten zu reden, steht Dir nicht gut zu Gesicht. Wir kennen uns gut, wir haben fünf Jahre lang gut zusammengearbeitet. Im Gegensatz zu Manuel Pretzl kennst Du auch genau die programmatischen Unterschiede zwischen Volt und den Grünen. Das heißt, was Du hier sagst, ist einfach nur unfair und polemisch, denn Du weißt, dass es nicht stimmt. Ich hoffe, dass Du Dich dafür entschuldigst.

Zur Frage, mit wem man zusammenarbeitet, möchte ich sagen: Der Kompromiss ist die Basis jedes politischen Handelns in der Demokratie. Jemand, der nicht bereit ist, Kompromisse einzugehen, muss entweder autoritär sein oder gar nicht regieren. Was hier passiert, ist nichts Unanständiges, es gibt keine Tarnlisten. Es ist das Normalste der Welt, dass politische Parteien sich zusammmentun und entscheiden, für gemeinsame Ziele zu kämpfen. Es ist aber auch normal, dass die Parteien bei einer Wahl wieder auf die Unterschiede zwischen ihnen hinweisen. Das ist bei jeder Wahl und in jedem Wahlkampf in jeder Demokratie so, meine Freundinnen und Freunde. Etwas anderes zu behaupten, ist unseriös. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste)

– OB Reiter übernimmt den Vorsitz. –

StR Jagel:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Kollege Sproll, ich verstehe nicht, dass Sie heute wie ein Stehaufmännchen unterwegs sind. Was auf dem Tisch liegt, ist ein Kompromiss. Das Einzige, das nicht umgesetzt wurde, ist die Ältestenrat... jetzt hätte ich fast ein Fäkalwort benutzt, das hätte eine Rüge des Oberbürgermeisters nach sich gezogen. Aber ich habe mich gerade noch zurückhalten können.

Das Einzige, das nicht umgesetzt wurde, ist die Vertretung im Ältestenrat. Ich verstehe nicht, warum Sie hier wie ein kleiner Gartenzwerg herumpoltern – (Heiterkeit) – und so tun, als wäre die Demokratie in Gefahr, nur weil die CSU die erste Vertretung des Oberbürgermeisters hat und nicht die Grünen. Dieses Verhalten ist wirklich unanständig. – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER und SPD)

OB Reiter:

Wenn ich in aller Bescheidenheit einen Wunsch äußern dürfte: Könnten wir diese Debatte bitte beenden? Es gibt tatsächlich noch Menschen, die das beim Livestream aushalten, sich aber mittlerweile wahrscheinlich alle an den Kopf fassen und sich fragen, was wir hier tun.

StR Progl:

Herr Oberbürgermeister, es ist nicht so, dass wir hier gerade die Demokratie zerstören, sondern wir sprechen darüber, wer den Erstzugriff auf Vertretungen des Oberbürgermeisters hat. Da könnte man vorschlagen, dass der Oberbürgermeister in Zukunft seine Termine selbst wahrnimmt. – (Heiterkeit – OB Reiter: Alle! Sehr vernünftiger Vorschlag!) – Dann müssten wir hier nicht mehr streiten.

Ich möchte nun Ihren Ansatz aufgreifen, Herr Oberbürgermeister. Ich stelle gemäß § 64 der Geschäftsordnung einen Antrag auf Beendigung der Beratung. Das wollte ich schon lange mal machen. – (Heiterkeit) – Die Möglichkeit ist in der Geschäftsordnung enthalten. In den 15 oder 16 Jahren, die ich schon im Stadtrat bin, hat das noch nie jemand genutzt. Für diejenigen, die es nicht wissen: Es wird abgestimmt. Sollte dem Antrag mehrheitlich zugestimmt werden, dass wir diese gespenstische Debatte jetzt beenden, ist nur noch je ein Redebeitrag aus denjenigen Fraktionen oder Ausschussgemeinschaften zulässig, die bislang noch nicht geredet haben. Danach wird die Debatte beendet.

Für die Zukunft: Das Ende der Beratung darf nur beantragen, wer bis dahin noch keinen Redebeitrag eingebracht hat. – (Heiterkeit)

OB Reiter:

Vielen Dank! Da hat jemand die Geschäftsordnung gelesen. Der Antrag ist zulässig und ordnungsgemäß gestellt.

Der Antrag von StR Progl, die Debatte gemäß § 64 der Geschäftsordnung zu beenden, wird gegen die Stimme von StR Ruff **beschlossen**.

OB Reiter:

Damit ist das Ende der Debatte beschlossen. Ich halte das für dringend erforderlich. Bislang habe ich noch nicht geredet und werde mich auch ganz kurzfassen: Ich werde niemandem bei meinen

nächsten Bürgergesprächen erklären können, wieso wir uns heute eineinhalb Stunden darüber unterhalten haben, ob und wer an fünfter oder siebter Stelle meine Vertretung übernimmt und wer wie viele Menschen in den Ältestenrat entsendet.

Ich mache das Geschäft bereits ein paar Wochen und habe viele Ältestenratssitzungen miterlebt. Wir hatten noch nie eine Kampf Abstimmung, denn das ist nicht das Wesen des Ältestenrats, liebe Freundinnen und Freunde. Wir haben heute etwas getan, was wir nicht tun sollten. Dem Ältestenrat liegt die Idee zugrunde, dort die Diskussionen zu führen, bei denen wir uns um uns selbst drehen, die aber nichts mit den Belangen der Bürger und den Problemen dieser Stadt zu tun haben. Diese Idee haben wir heute konterkariert. Deswegen mache ich einen weiteren Vorschlag: Wir werden ja bald wieder über die Geschäftsordnung reden – ob nun mit oder ohne meine Beteiligung. Der Ältestenrat ist nicht zwingend erforderlich, dieses Gremium muss es nicht geben.

Wenn Ihr so lange darüber streitet, wer wie viele Mitglieder entsendet, kann man durchaus darüber nachdenken, ob es den Ältestenrat überhaupt braucht. Diese Frage kann man mit einer Mehrheit im Münchner Stadtrat entscheiden.

Insgesamt habe ich mich gewundert und bei Frau Dichtl nachgefragt, ob manche die neue Vorlage nicht gelesen oder nicht erhalten haben. Ihr hättet mal die ursprüngliche Vorlage lesen sollen. Die meisten haben das getan, es aber heute negiert. Was heute vorgelegt wurde, ist ein klarer Kompromiss, der nur in einem einzigen kleinen Punkt abweicht: nämlich der Entsendung in den Ältestenrat und der Reihenfolge bei Vertretungen. Wir haben jetzt eineinhalb Stunden diskutiert, wer wann wen vertreten darf und ob an vierter oder siebter Stelle.

Da mir nicht an dieser Diskussion gelegen ist, habe ich schon vorab Frau Dichtl gebeten, mehr Kompromisse vorzuschlagen. Doch dann peitschen wir uns eineinhalb Stunden auf und beschimpfen uns gegenseitig und werfen uns Unanständigkeit vor, weil es um die Reihenfolge des Ältestenratsvertretungsrechts geht. Da kann ich mir nur an den Kopf fassen! Vielen Dank dafür! Wir können ja in der verbleibenden Stunde sachlich 23 Themen abarbeiten.

Du hast recht, geschätzter Kollege Sproll: Nach solch einer Diskussion muss man sich erst wieder neu motivieren.

Der Änderungsantrag von Die Grünen – Rosa Liste wird gegen die Stimmen von Die Grünen – Rosa Liste, FDP BAYERNPARTEI und StR Sproll **abgelehnt**.

Die Ziffern 1 und 4 des Antrags des Referenten werden gegen die Stimmen von Die Grünen – Rosa Liste, AfD und StR Sproll **beschlossen**.

In der Gesamtabstimmung wird der Antrag des Referenten gegen die Stimmen der AfD **beschlossen**.

**B2: Hilfsmaßnahmen der Landeshauptstadt München im Rahmen des Krieges
in der Ukraine;**

**Sachstandsbericht zum Spendenkonto „Solidarität Ukraine“ und weiteres Vorgehen in
den kommenden Jahren sowie Spende eines Wechselladerfahrzeugs an das THW
Antrag Nr. 5459 von Die Grünen – Rosa Liste, SPD/Volt, CSU mit FREIE WÄHLER,
DIE LINKE./Die PARTEI, FDP BAYERNPARTEI und ÖDP/München-Liste vom 24.02.2025**

Aktensammlung Seite 7783

StRin Wassil:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Immer noch stehen Hilfsmaßnahmen für die Ukraine auf der Tagesordnung.

Wir fangen am besten hinten an, mit Ziffer 3: Es geht darum, Fahrzeuge quasi innerhalb der Stadt ans THW zu verschieben, damit sie den Münchner Bürgern zur Verfügung stehen. Das ist völlig in Ordnung.

Das Gleiche gilt für Ziffer 2: Die Stadt darf selbstverständlich gern Spenden für die Ukrainer in Empfang nehmen und weiterleiten. Dem werden wir ebenfalls zustimmen.

Aber Ziffer 1 müssen wir ablehnen. Dort geht es um die Spende abgeschriebener Kfz. Sie möchten auf einen Betrag von 500.000 € verzichten. Wir haben Bedenken, dass es sich dabei um eine Umgehung des Schenkungsverbots der Gemeinde handeln könnte. Es wird von Verschenken gesprochen, die Fahrzeuge sind auch abgeschrieben, aber offensichtlich noch werthaltig. Ich denke, wenn etwas werthaltig ist, kann es nicht so einfach verschenkt werden.

Sie sagen, der Anstand gebiete, der Ukraine diese Fahrzeuge zu geben. Da muss ich schon fragen: Woraus leitet sich der Umfang ab, selbst bei einer Städtepartnerschaft? Wo ist ein Ende? Wir müssten einmal diskutieren, was den Bürgern für Städtepartnerschaften finanziell insgesamt verlangt werden kann. Wir haben nämlich gerade den nächsten Fall, nun hat es auch Be'er Sheva getroffen. Wir kommen aus diesen Situationen nicht mehr raus.

In der Vorlage steht außerdem, dass Sie darüber nachdenken, im Laufe der nächsten Jahre 80 neue Löschfahrzeuge für die Stadt anzuschaffen. Die dafür ausgemusterten Fahrzeuge sollen

auch wieder verschenkt werden. Die Neuanschaffungen sind sehr teuer für die Münchner. Wie sollen wir das bei der angespannten Haushaltsslage und dem angehäuften Schuldenberg, der uns schon mit 6,5 Mrd. € auf dem Buckel liegt, noch stemmen?

München ist durch die friedensgefährdende Politik von oben selbst schon deutlich in Gefahr geraten. Deshalb ist es wichtig, Vorsorge zu treffen und Ressourcen zu behalten, die wir vielleicht selbst noch brauchen könnten. Ich darf nur an den Wintereinbruch vor zwei Jahren erinnern, als die Schneemassen nicht mehr bewältigt werden konnten, weil wir zuvor unsere Räumfahrzeuge verschenkt hatten. Dann musste die Museums-Tram erhalten.

Wir haben genug eigene Probleme. Wir müssen langsam anfangen, auch auf uns zu schauen und die Ressourcen für die Münchner Bevölkerung zu behalten. Alles, was Sie woanders machen wollen und was nicht unbedingt dem Wohl der Münchner Bevölkerung dient, ist Außenpolitik. Das ist nicht unser Metier.

Unsere Position ist: Keine Unterstützung mehr z. B. für Kriege in jedweder Form wo auch immer. Wir wollen, dass endlich die notwendige Verhandlungslösung angegangen wird. Das muss aufhören! Auch die Ukrainer wünschen sich laut neuesten Umfragen, dass der Krieg endlich endet und sie wieder in Frieden leben können. Es ist Zeit, Frieden zu schließen! Das ist im Interesse aller Bürger, egal welcher Stadt. Danke! – (Beifall der AfD)

OB Reiter:

Wir haben das natürlich juristisch geprüft. Im Rahmen der Zusammenarbeit von Kommunen und von Städtepartnerschaften kann der Stadtrat beschließen, auch Werthaltiges zu verschenken. Im Gegensatz zur AfD würden wir wahrscheinlich nichts Wertloses verschenken. Wenn wir etwas verschenken, möchten wir damit wirklich helfen. Das ist der Unterschied zu Ihrer Position. Deshalb kann der Stadtrat das auch mit Mehrheit beschließen – falls sich jemand findet, der abstimmt.

– OB Reiter ruft die Stadtratsmitglieder durch Klingeln zur Abstimmung in den Saal zurück. –

Ich weiß, es ist schwer, so lange ohne Essen und Trinken auszuhalten. – (StRin Wolf: Da fehlt einfach Frau Precht!) – Frau Precht! fehlt mir in jeder Vollversammlung: Ich kann mich noch gut an ihren Ruf erinnern: „Abstimmung!“ Sie hat immer dafür gesorgt, dass alle rechtzeitig zurück in den Saal kamen.

Ziffer 1 des Antrags des Referenten wird gegen die Stimmen der AfD **beschlossen**.

In der Gesamtabstimmung wird der Antrag des Referenten **einstimmig beschlossen**.

OB Reiter:

Ich werde meinem Kollegen Vitali Klitschko mitteilen, dass wir die Unterstützung einstimmig beschlossen haben. Er bedankt sich regelmäßig dafür. Ich fürchte, wir werden Kyiv noch länger unterstützen müssen.

– BM Krause übernimmt den Vorsitz. –

**B6: Neueröffnung einer Unterkunft zur Unterbringung Geflüchteter am Standort Lochhausener Straße (Flst. Nr. 709, Gem. Langwied)
Antrag Nr. 5396 von ÖDP/München-Liste vom 28.01.2025,
Empfehlung Nr. 2791 der Bürgerversammlung des Stadtbezirks 22 Aubing-Lochhausen-Langwied vom 27.05.2025
22. Stadtbezirk Aubing-Lochhausen-Langwied**

Aktensammlung Seite 7791

StR Walbrunn:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Als gebürtiger Lochhausener möchte ich zu diesem Thema, zu diesem – man muss es so nennen – nächsten Angriff auf meinen Heimatort einige Worte sagen. Bis vor einem Jahr war Lochhausen ein beschauliches Dorf: eine Hauptstraße, ein S-Bahnhof, eine Grundschule, ein Friseur, eine Tankstelle. Die wesentliche Infrastruktur lässt sich schnell aufzählen. Allzu viel gab es dort nicht. Daran hat sich, abgesehen von einem Edeka-Supermarkt, der vor einigen Jahren hinzugekommen ist, im Wesentlichen nichts geändert.

Was sich allerdings stark verändert hat, ist die Einwohnerzahl. In der Zwischenzeit ist nämlich zunächst ein Flüchtlingsheim mit 300 Flüchtlingen an der Langwieder Hauptstraße hinzugekommen, dann wurden drei große, selbstverständlich ebenfalls stark durch Zuwanderung geprägte Neubaugebiete errichtet.

Jetzt steht das nächste Flüchtlingsheim an, am Ortseingang in der Lochhauser Straße, zwischen dem eben erwähnten, 1 000 m entfernten Langwieder Flüchtlingsheim und einem nur 600 m entfernten 60-Personen-Wohncontainer in Gröbenzell. Für mindestens 15 Jahre sollen dort zweistöckige Container für 250 Personen neben der Reitschule Birkenhof stehen – maximal geschäftsschädigend und natürlich sehr zur Begeisterung der Anwohner, Eltern, Kindern etc. vor Ort.

Ich muss eigentlich nicht vertiefen, dass weder die lokale Infrastruktur noch die soziodemografische Zusammensetzung von Lochhausen eine weitere Aufnahmeeinrichtung hergeben. Das sieht wirklich jeder, der nicht vollkommen ideologiebesoffen ist. Auch der Bezirksausschuss hat das klar so gesehen.

Als AfD werden wir auch Vorschlägen für alternative Standorte nach dem Sankt-Florians-Prinzip nicht zustimmen. Ich denke, wir werden gleich wieder den Änderungsantrag hören, nach Freiham auszuweichen. Aber wer schon einmal in Freiham unterwegs war, weiß, dass auch den Menschen dort keine weitere Einrichtung zuzumuten ist. Entsprechend werden wir auch den Änderungsantrag von ÖDP/München-Liste ablehnen, so er denn kommt.

Es langt! Unsere Aufnahmekapazitäten sind erschöpft, im Land und besonders in dieser Stadt. Ich habe schon einige Male gesagt: Wer das anders sieht, wer diese Selbstzerstörung wirklich für notwendig hält, soll bei sich anfangen und Zuwanderern bei sich zu Hause oder am besten gleich in Euren Parteizentralen einen Platz bieten. Was die Zuwanderer mitbringen, ist laut dem Bürgermeister von Würselen eh „wertvoller als Gold“, also müsste es genug Freiwillige geben.

Aber Sarkasmus beiseite! Lassen Sie die Lochhausener bitte in Ruhe und hören Sie auf, Lochhausen kaputt zu entwickeln, wie Sie das mit Pasing schon geschafft haben. Ständige Polizeipräsenz am Lochhausener Bahnhof, wie wir sie schon vom Pasinger Bahnhofplatz kennen, ist keine Form der Bereicherung, die wir brauchen. Es ist wirklich eine Schande! Deshalb lehnen wir den Antrag der Referentin selbstredend auch ab.

Ich möchte gern noch zwei Fragen von Anwohnern weitergeben. Diese müssten Ihnen meines Wissens auch schon vorliegen, aber mir wurde gestern mitgeteilt, dass sie noch nicht beantwortet worden seien. Die Leute wüssten gern, ob die Büschl-Gruppe auch an diesem Projekt als Investor beteiligt ist. Außerdem muss es vis-à-vis ein Gelände geben, das angeblich dem Erzbischöflichen Ordinariat gehört. Die Anwohner wüssten gern, ob wegen eines möglichen Standorts auch zu dieser Stelle Kontakt aufgenommen wurde. Der befände sich im Prinzip auf der anderen Straßenseite, was zumindest für den Birkenhof etwas besser gewesen wäre. Vielen Dank! – (Beifall der AfD)

BM Krause:

Es gibt in diesem Stadtrat unterschiedliche Meinungen darüber, wie eine gute Verankerung vor Ort aussieht. Es wird auch viel darüber debattiert. In diesem Stadtrat gibt es aber auch Leute, die grundsätzlich Menschen als „nicht deutsch genug“ ablehnen und eine sogenannte „Remigration“ fordern. Ich bin sehr stolz, dass in München 100 000 Menschen dagegen auf die Straße gegangen sind und klargemacht haben, dass diese Stadt für etwas anderes steht. – (Allgemeiner Beifall)

StR Ruff:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Es geht hier um Menschen, um Flüchtlinge, die ein schweres Schicksal erlitten haben, und um die Menschen vor Ort. Es geht darum, eine sachgerechte Debatte zu führen. Diese gehört in den Ausschuss. Deshalb werde ich jetzt nicht in eine Sachdebatte einsteigen und auch keinen Antrag stellen.

Zu einer sachgerechten Debatte im Ausschuss gehört aber, dass Fragen beantwortet und Alternativstandorte fachlich geprüft und nachvollziehbar verglichen werden. Damit im Ausschuss sachgerecht debattiert werden kann, sollte auch der Bitte um einen Gesprächstermin mit dem Referat nachgekommen werden. All das ist nicht passiert und das ärgert uns. Wenn eine Fraktion vor einer Ausschussberatung um einen Termin bei einem Referat bittet, wäre es einer sachgerechten Debatte durchaus dienlich, wenn sie diesen auch bekäme. Das darf auch in der Vollversammlung einmal gesagt werden. – (Beifall von ÖDP/München-Liste)

Bfm. StRin Schiwy:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Mitglieder der Vollversammlung! Ich möchte Herrn Ruff gern ergänzen: Sie haben das Planungsreferat um einen Termin gebeten. Wir waren jederzeit zu Gesprächen bereit und haben uns zu den von Ihnen gestellten Fragen bereits ausgetauscht, auch im Ausschuss.

Die Büschl-Gruppe verpachtet das Gelände an den Investor, der den Bau dort realisiert. Das heißt, die Stadt München wird keinen direkten Vertrag mit der Büschl-Gruppe schließen.

Zu der Frage nach dem Grundstück der katholischen Kirche: Ich kann ganz generell sagen, dass die Lokalbaukommission alle Möglichkeiten auch mit den Anrainern abgeklopft hat. Nach unserem Kenntnisstand war darunter auch die katholische Kirche. Vielen Dank! – (Beifall)

Der Antrag der Referentin wird gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER, FDP BAYERNPARTEI, ÖDP/München-Liste und AfD **beschlossen**.

**B9: Mehr Bildungsgerechtigkeit für neu zugewanderte Kinder und Jugendliche –
Weiterentwicklung der schulartunabhängigen Deutschklassen zu „Startklassen“
Antrag Nr. 4399 von Die Grünen – Rosa Liste und SPD/Volt vom 05.12.2023**

Aktensammlung Seite 7797

StR Stanke:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Zunächst ein Hinweis an die Protokollführung, den historischen Moment zu vermerken: Die Sitzungsleitung unter dem Herrn Bürgermeister hat hier im Stadtrat zum ersten Mal den Begriff „Remigration“ verwendet. Nicht wir!

Zur Vorlage: An sich stimmen wir zu, denn wir schließen uns der dortigen Beschreibung an, dass die Kenntnis der Sprache eine Grundvoraussetzung für gelungene und erfolgreiche Integration und Bildung ist. Trotzdem sind noch einige deutliche Worte dazu nötig.

Sie schreiben in der Vorlage, *„diese neu zugewanderten jungen Menschen schulisch zu integrieren, ist [...] eine der zentralen bildungspolitischen Herausforderungen unserer Zeit“*. Das stimmt vermutlich. Derart Kritisches hört man sonst eher selten von Ihnen. Dann nennen Sie die üblichen Begriffe der Bildungsgerechtigkeit und der Chancengleichheit – alle sollen die gleichen Möglichkeiten haben, niemand soll benachteiligt sein. Wie schön!

Aber ist das in der Realität wirklich so? Ist es, solange diese Integration nicht vollumfänglich erfolgreich war, nicht vielmehr so, dass die Kinder der schon länger in München lebenden Bevölkerung im Grunde im Nachteil sind gegenüber denen in Städten oder Regionen mit weniger Integration? Ist es nicht eher so, dass Sie hier auf Kosten unserer Jugend und somit auch von deren Bildungsgerechtigkeit Ihr Gewissen beruhigen? Warum erzählen Sie den Bürgern nicht ganz offen die volle Wahrheit, wie sie in der Vorlage anklingt? Stattdessen nennen Sie München einen „sicheren Hafen“ und verteufeln alle, die es nur ansatzweise wagen, an Ihrer Politik der offenen Grenzen zu rütteln und diese zu hinterfragen.

Weiter schreiben Sie in der Vorlage, *„dass die Integration von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt“*. Integration ist wahrscheinlich eher eine Holschuld. Wer von Ihnen sich hier an vorderster Front sieht, kann das gern tun, aber bitte

bürden Sie das nicht der Gesamtgesellschaft und noch dazu den wehrlosen Kindern und Jugendlichen auf.

Sie erwähnen immer wieder gern Ihren „Münchner Weg“ und verwässern damit ein Stück weit die Realität hinter diesem Begriff, z. B. die genannte Heterogenität der Schülerschaft.

Allgemein müsste man sich doch die Frage stellen: Welchen Vorteil haben die angestammte Stadtbevölkerung und eben auch deren Kinder überhaupt von diesen Situationen? Oder entstehen unter dem Strich vielleicht eher mehrheitlich Nachteile? Die gleiche Frage wäre auch bezüglich der Lehrerschaft zu stellen. Denn wenn man ehrlich ist, ist doch unstrittig, dass in der Schule weniger Zeit und Kapazitäten bleiben für die quasi übrigen Schüler und deren mehr oder weniger alltäglichen Probleme, die ja auch nicht weniger werden.

Dann erklären Sie in der Vorlage, dass sozialpädagogische Fachkräfte eingesetzt werden sollen. Diese sollen „*unterschiedliche Perspektiven und Ansätze einbringen*“, um der ganzen Sache Herr zu werden. Aber auch das klingt eher nach Schönfärberei oder nach „Wir wissen einfach nicht weiter“.

Zuletzt nennen Sie die Chance, durch Integration den Fachkräftemangel bekämpfen zu können. Das mag sein, aber wenn Sie auf die eben genannten Sozialpädagogen schauen, die Sie brauchen, und auch hier einmal einen Strich unter die Rechnung machen, ist doch die Frage, ob Ihre ungesteuerte Migration den Fachkräftemangel nicht am Ende in diversen Bereichen eher befördert.

Wie erwähnt stimmen wir zu, aber die Gesamtentwicklung geht doch völlig eindeutig in die falsche Richtung, und zwar wegen der seit Jahren, wenn nicht gar seit Jahrzehnten von Ihnen verfolgten Politik.

BM Krause:

In dieser Stadt wird auch weiterhin gelten, dass alle Kinder und Jugendlichen die gleichen Chancen haben und dass wir uns für alle jungen Menschen in dieser Stadt einsetzen, unabhängig von ihrer Nationalität. – (Anhaltender Beifall)

Der Antrag des Referenten wird **einstimmig beschlossen**.

**B17: Klimaresilientes München 2050 – Konkretisierung der Ziele der Klimaanpassung
in München****Antrag Nr. 3239 von Die Grünen – Rosa Liste und SPD/Volt vom 04.11.2022 und****Antrag Nr. 4083 von Die Grünen – Rosa Liste vom 10.08.2023**

Aktensammlung Seite 7811

StRin Wassill:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Damen und Herren! Sie zementieren in dieser Vorlage wieder einmal, dass Sie die Klimaneutralität erreichen und München auf diesem Weg weiterlenken wollen. Sie erklären, dass die Transformation der langlebigen Infrastruktur für den Klimaschutz notwendig sei. Der Handlungsdruck sei hoch, und Sie müssten unbedingt die Klimaschutzziele erreichen.

Ich habe es Ihnen schon so oft gesagt: Wenn man sich die Basis eines menschengemachten Klimawandels wegdenkt, verpufft das alles und ist völlig überflüssig.

Wie wäre es, wenn Sie sich einmal informieren würden? Gerade haben 2 000 Wissenschaftler eine Resolution beschlossen, nachzulesen auf <https://clintel.org/world-climate-declaration/>. Suchen Sie sich das einmal heraus. Da haben 2 000 Wissenschaftler fundiert bewiesen, dass es keinen menschengemachten Klimawandel gibt und alles im Endeffekt eine Erfindung der Finanzindustrie ist. Rufen Sie sich einmal ins Gedächtnis, wer 1992 auf der Umweltkonferenz in Brasilien die World Summit Agenda mit ins Leben gerufen hat und wer erfolgreich versucht hat, entsprechende Investitionen im Bereich erneuerbare Energien zu implementieren. Seitdem wird diese Agenda verfolgt. Das ist alles nachlesbar.

Sie werden feststellen, dass seither alles so weitergeht. Zu den Bankern, die damals zusammensaßen, gehört die Bank for International Settlements (BIS). Dann haben Sie 2015 die Initiative Task Force on Climate-Related Financial Disclosures (TCFD). Das sind alte Bekannte wie J.P. Morgan, Chase, BlackRock, Barclays, HSBC. Sogar Tata Steel, Eni Oil und Dow Chemical waren dabei und haben die Finanzinstrumente entwickelt, die dann mithilfe der Medien durchgesetzt wurden, damit Sie alle glauben, hier etwas tun zu müssen. Das ist nicht der Fall! Ich gebe Ihnen gern noch einmal die Informationen. Schauen Sie sich diese selbst einmal an!

Die Zeiten ändern sich. Sie haben in den Vorlagen, die wir in den letzten Monaten beschlossen haben, selbst schon Abstriche gemacht. Sie haben festgestellt, dass der Wohnungsbau im energetischen Bereich viel zu teuer ist. Die Hiobsbotschaften reißen nicht ab. Im Januar hat sich Black-Rock, einer der Initiatoren dieser Finanzinstrumente, aus dem Klimabündnis verabschiedet und ist aus der Net Zero Asset Managers Initiative ausgestiegen. Damit hat sie ihren größten Unterstützer verloren.

Dass es insgesamt in die falsche Richtung geht, haben auch die Spanier leidvoll erfahren. Sie hatten am 28. April 2025 einen landesweiten Stromausfall, verursacht durch zu viel Strom im Netz durch erneuerbare Energien, durch zu viel Solar- und Windkraft. Erst letzte Woche hat die britische Regierung das riesige Solarprojekt X-Links in Westafrika beerdigt und gesagt: Wir machen nicht mehr mit. Sie wollten 11,5 GW aus Wind- und Solarkraft per Unterseekabel nach England bringen. Das ist auch gestorben, weil sie sich gesagt haben: Das funktioniert nicht, das ist uns zu riskant.

All diese Entwicklungen sollten Sie zum Nachdenken und Umdenken bewegen. Klimaneutralität ist ein Irrweg. Er wurde Ihnen auferlegt und Sie machen einfach mit. Es wird Zeit, von kommunaler Ebene ausgehend nach oben zu kommunizieren, dass es falsch ist, diesen Weg weiterzugehen. Deshalb müssen wir diesen Antrag ablehnen. Danke! – (Beifall der AfD)

StR Pretzl:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte kurz unser Abstimmungsverhalten erläutern: Wir stimmen den Ziffern 1, 3, 4, 5, 7, 10 und 19 bis 21 zu und bitten um gesonderte Abstimmung dieser Punkte.

Die Ziffern 1, 3, 4, 5, 7, 10 und 19 bis 21 werden gegen die Stimmen der AfD **beschlossen**.

Alle übrigen Ziffern werden gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER und AfD **beschlossen**.

B25: Rücklagenbildung bei Körperschaftssteuerpflichtigen Betrieben gewerblicher Art

Aktensammlung Seite 7825

StRin Wassill:

Herr Bürgermeister, sehr verehrte Damen und Herren! Wir fragen uns, wieso Sie den Camping- und Wohnwagenplatzbetrieb aus der Rücklagenbildung herausnehmen wollen. Wir haben gerade eine Antwort auf unsere Anfrage zur Nutzung des Campingplatzes in Thalkirchen bekommen. Darin steht, dass dieser durchaus noch betrieben wird. Woran liegt es dann, dass er hier rausfällt? Ist er vom Eigenbetrieb veräußert worden? Haben Sie darauf eine Antwort für uns? Danke!

StK Frey:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Kolleginnen und Kollegen! Bei den Betrieben gewerblicher Art geht es um eine Abbildung des städtischen Konzerns bzw. der Kernverwaltung selbst. Wir haben zwei Campingplätze: Der in Pasing ruht; der in Thalkirchen liegt außerhalb unserer Betrachtung der Betriebe gewerblicher Art, weil die Münchner Raumentwicklungsgesellschaft mbH ihn jetzt übernommen hat und nach der Sanierung verpachten wird.

Der Antrag des Referenten wird **einstimmig beschlossen**.

München, 2. Juli 2025

R e i t e r
Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München

Protokoll